

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität	1
Materielle Lebensbedingungen prägen Lebenszufriedenheit in Deutschland stärker als in anderen Ländern	5
Arbeitsgruppe „Zufriedenheit“ des Ameranger Disputs veröffentlicht Memorandum	10
Weniger Engagement bei Jugendlichen, mehr bei den Älteren	11
Social Indicator Monitor – SIMon	15

Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität

Dank Flexibilisierung der Arbeitszeiten und großzügiger Regelungen zur Kurzarbeit hat die aktuelle Wirtschaftskrise bisher am deutschen Arbeitsmarkt erfreulich geringe Spuren hinterlassen. Dennoch kann man annehmen, dass sich viele Arbeitnehmer Sorgen über ihre berufliche Zukunft machen. Derzeit liegen noch keine Daten vor, die eine Beantwortung der Frage erlauben würden, ob diese Angst derzeit größer ist als in früheren Rezessionen. Die Betrachtung der langfristigen Entwicklung erweist sich jedoch als aufschlussreich. Dabei soll neben der subjektiven Beschäftigungsunsicherheit auch die Dauerhaftigkeit von Beschäftigungsverhältnissen (Stabilität) als objektivierbarer Indikator zur Beschreibung des Arbeitsmarktgeschehens betrachtet werden. Die in diesem Beitrag¹ dargestellten Analysen basieren im Wesentlichen auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).² Die Befunde zeigen, dass die Beschäftigungsstabilität in Deutschland langfristig nicht generell abnimmt, sondern erstaunlich stabil bleibt. Gleichzeitig aber offenbart sich in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme der Angst vor Jobverlust. Nach der Präsentation der empirischen Befunde diskutiert der Beitrag daher die Gründe für diese scheinbar paradoxe Entwicklung, in dem der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Beschäftigungsunsicherheit einerseits und der Arbeitslosenquote und der Einkommensungleichheit in Deutschland untersucht werden. Dabei ergeben sich Hinweise darauf, dass die zunehmende Wahrnehmung von Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland mit den tiefgreifenden sozialpolitischen Veränderungen der vergangenen Jahre in Verbindung stehen könnte.

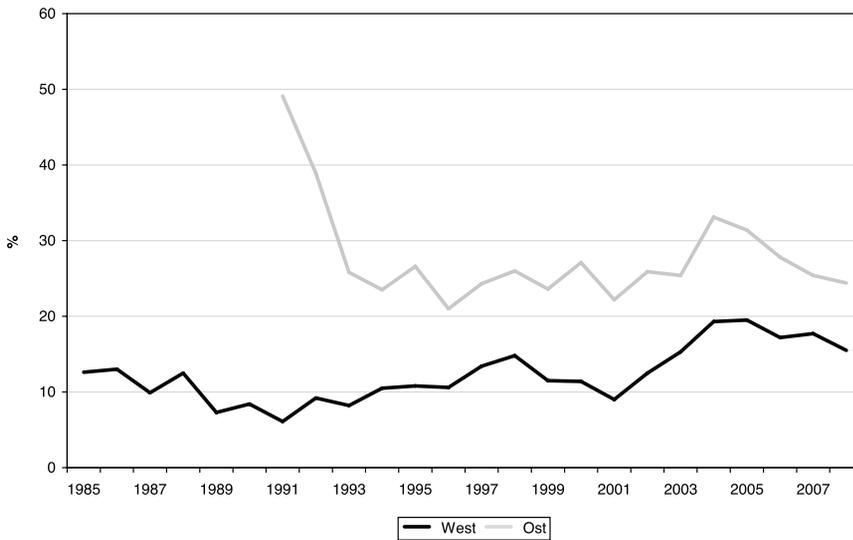
Grafik 1 zeigt den Anteil der Beschäftigten im Alter zwischen 20 und 65 Jahren (ohne Selbständige und Beamte), die im jeweiligen Jahr berichten, sich große Sorgen um den Fortbestand ihres Beschäftigungsverhältnisses zu machen.³ In Westdeutschland war das im Jahr 1985 bei etwa zwölf Prozent der Beschäftigten der Fall. Während des folgenden wirtschaftlichen Aufschwungs ging die Angst vor Jobverlust jedoch zurück und stieg erst in der ersten Hälfte der 1990er Jahre parallel zur Verschlechterung der konjunkturellen Lage auf einen ähnlichen Wert wie zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Im Zuge der leichten wirtschaftlichen Erholung zum Ende der 1990er Jahre sorgte sich wieder ein kleinerer Teil der westdeutschen Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz.

Unmittelbar nach der Wende berichtete jeder zweite Beschäftigte in der ehemaligen DDR, dass er sich große Sorgen um seine berufliche

Zukunft mache. Mit fortschreitendem Transformationsprozess sank dieser Anteil schnell, blieb dann jedoch im Verlauf der 1990er Jahre auf einem im Vergleich zum Westen konstant hohen Niveau, sodass sich zum Jahrtausendwechsel immer noch jeder vierte Beschäftigte in den neuen Bundesländern große Sorgen um den Fortbestand seines Arbeitsverhältnisses machte.

Kann die Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit bis zum Beginn des neuen Jahrtausends mit konjunkturellen Schwankungen beziehungsweise der nach wie vor schlechten Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern erklärt werden, wächst die Angst vor Jobverlust in ganz Deutschland zwischen 2001 und 2004 erheblich. In den alten Bundesländern verdoppelte sich der Anteil der Beschäftigten mit Arbeitsplatzsorgen in diesem kurzen Zeitraum von zehn auf rund 20 Prozent; in den neuen Bundesländern blickte im Jahr 2004

Grafik 1: Anteil der Beschäftigten, die sich „große Sorgen“ um den Fortbestand ihres Jobs machen, 1985-2008 (West- und Ostdeutschland)



Quelle: SOEP (querschnittsgewichtet), eigene Berechnungen (ohne Selbständige und Beamte)

sogar jeder dritte Beschäftigte bezüglich des Fortbestandes seines Arbeitsplatzes sorgenvoll in die Zukunft. Während sich in den neuen Bundesländern jedoch anschließend der Anteil der Beschäftigten mit Arbeitsplatzsorgen wieder deutlich verringert hat und mit einem Anteil von etwa 25 Prozent in etwa die Werte der 1990er Jahre erreicht werden, geht die Beschäftigungsunsicherheit in Westdeutschland seit 2005 nur leicht zurück. Im Jahr 2008 als dem aktuellsten Beobachtungszeitpunkt der hier vorliegenden Untersuchung machen sich weiterhin gut 15 Prozent der Beschäftigten in den alten Bundesländern große Sorgen um ihren Arbeitsplatz, nachdem der Anteil in den deutlich vom Aufschwung geprägten Jahren 2006 und 2007 sogar noch größer gewesen war.

Beschäftigungsstabilität im Zeitverlauf konstant

Vor dem Hintergrund einer zumindest in den letzten Jahren zunehmenden subjektiven Beschäftigungsunsicherheit ist von Interesse, wie sich entsprechende objektive Indikatoren entwickelt haben, die Aussagen über die Mobilität am Arbeitsmarkt und die Dauerhaftigkeit von Beschäftigungsverhältnissen ermöglichen. In früheren Arbeiten zeigte sich, dass entgegen weit verbreiteter Annahmen zumindest bis zum Beginn des neuen Jahrtausends weder die Arbeitsmarktmobilität zugenommen noch die Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen abgenommen hatte (vgl. z. B. Erlinghagen 2005). Nun stellt sich die Frage, ob sich nicht nur die subjektive Bewertung der Mobilität beziehungsweise Stabilität in den letzten Jahren gewandelt hat, sondern ob sich entsprechende Veränderungen auch anhand von objektiven Indikatoren nachweisen lassen.

Im Folgenden wird ausschließlich auf die „durchschnittliche unabgeschlossene Beschäftigungsdauer“ zur Bestimmung der

Beschäftigungsstabilität Bezug genommen. Sie wird berechnet, indem die Betriebszugehörigkeitsdauern aller zum Befragungszeitpunkt abhängig Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren aufsummiert und durch die Anzahl der abhängig Beschäftigten geteilt werden.⁴

Grafik 2 dokumentiert die Entwicklung der Beschäftigungsstabilität in West- und Ostdeutschland anhand der durchschnittlichen unabgeschlossenen Betriebszugehörigkeitsdauer von aktuell Beschäftigten. Es zeigt sich, dass die Beschäftigungsstabilität in Deutschland im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte nicht generell abgenommen hat. In Westdeutschland waren die Beschäftigten im Jahr 1985 seit durchschnittlich zehn Jahren in ihrem Betrieb beschäftigt. Bis Ende der 1990er Jahre reduzierte sich dieser Wert auf rund 9,5 Jahre, um

anschließend bis zum Jahr 2008 wieder auf über zehn Jahre anzusteigen.

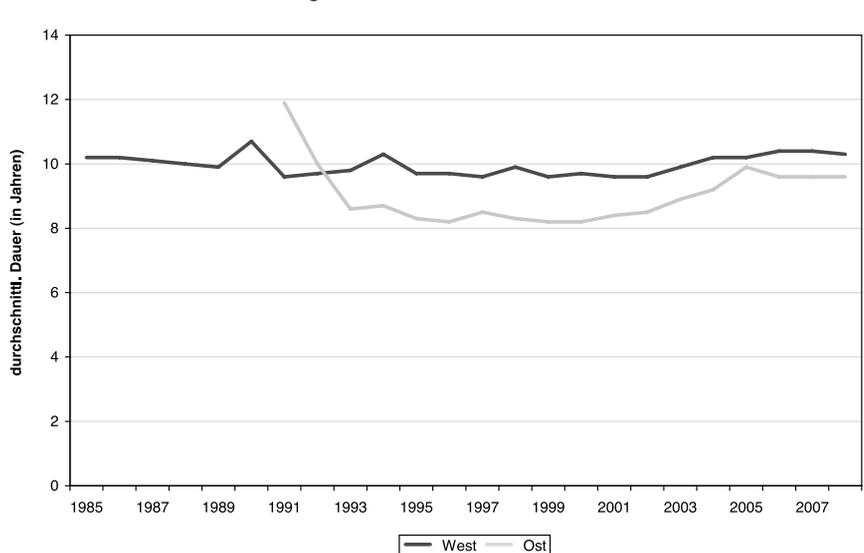
Dem gegenüber kam es nach der Wiedervereinigung im Zuge der Abwicklung der alten planwirtschaftlichen DDR-Betriebe zu einem enormen Rückgang der Beschäftigungsstabilität in den neuen Bundesländern. Waren 1991 die Beschäftigten in der ehemaligen DDR noch im Durchschnitt seit etwa zwölf Jahren in ihrem Betrieb beschäftigt gewesen, sank dieser Wert binnen kurzem auf acht Jahre. Nach einer Phase der Stagnation stieg dann jedoch nach dem Jahrtausendwechsel die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer schnell an und erreicht im Jahr 2008 mit einem Wert von knapp zehn Jahren annähernd westdeutsches Niveau.

„Hartz“ und wachsende Einkommensungleichheit schüren Angst vor Arbeitsplatzverlust

Ob die Verunsicherung der Beschäftigten in Deutschland auch nach der aktuellen Wirtschaftskrise anhalten oder sogar weiter wachsen wird, hängt davon ab, welche Ursachen zu dieser Entwicklung geführt haben. Aus diesem Grund sollen nachfolgend mögliche Erklärungsansätze präsentiert werden, weshalb sich die subjektive Beschäftigungsunsicherheit in jüngster Vergangenheit so deutlich erhöht hat, obwohl sich objektive Indikatoren – wie zum Beispiel die Beschäftigungsstabilität aber auch das Wirtschaftswachstum – bis zum Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraums im Jahr 2008 nicht entsprechend (dramatisch) verändert haben.

Es ist anzunehmen, dass die konjunkturelle Situation im Allgemeinen und die Arbeitsmarktlage im Besonderen die subjektive Bewertung der eigenen Beschäftigungssituation beeinflusst. Dementsprechend zeigt Abbildung 3a zumindest für Westdeutschland auch einen

Grafik 2: Durchschnittliche unabgeschlossene Betriebszugehörigkeitsdauer (in Jahren) der aktuell Beschäftigten 1985-2008 (West- und Ostdeutschland)



Quelle: SOEP (querschnittsgewichtet), eigene Berechnungen (ohne Selbständige und Beamte)

recht klaren positiven Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und dem Anteil der Beschäftigten, die sich große Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. In Ostdeutschland ist dieser Zusammenhang nicht für den gesamten Beobachtungszeitraum nachzuweisen, was vermuten lässt, dass die konstant hohe Beschäftigungsunsicherheit zu einem erheblichen Teil als andauernde Nachwirkung des Transformationschocks zu interpretieren ist.

Die westdeutschen Ergebnisse liefern darüber hinaus Indizien, dass es in den alten Bundesländern nicht nur unter den real von Arbeitslosigkeit Betroffenen, sondern auch unter Beschäftigten zu einem nachhaltigen Schock durch die sogenannten „Hartz-Reformen“ gekommen sein könnte. Das Streudiagramm in Grafik 3a zeigt, dass in den alten Bundesländern die Werte der Jahre 2003 bis 2008 deutlich über der Regressionsgerade liegen. Das heißt, dass die Beschäftigungsunsicherheit in diesen Jahren höher ausgefallen ist, als dies aufgrund der realen Arbeitsmarktlage – gemessen durch die Arbeitslosenquote – vor dem Hintergrund der Entwicklung im gesamten

Untersuchungszeitraum eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die arbeitsmarktpolitischen Reformen im Zuge der damaligen „Agenda 2010“ nicht nur bestehende Regelungen verändert, sondern zugleich auch einen fundamentalen Systemwechsel eingeleitet haben. Der Übergang von der im Prinzip statuserhaltenden alten Arbeitslosenhilfe hin zum weitgehend statusunabhängigen Arbeitslosengeld II scheint zumindest von den Beschäftigten in den alten Bundesländern als bedrohlicher Bruch wahrgenommen worden zu sein, was sich dann in der wachsenden Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes widerspiegeln könnte.

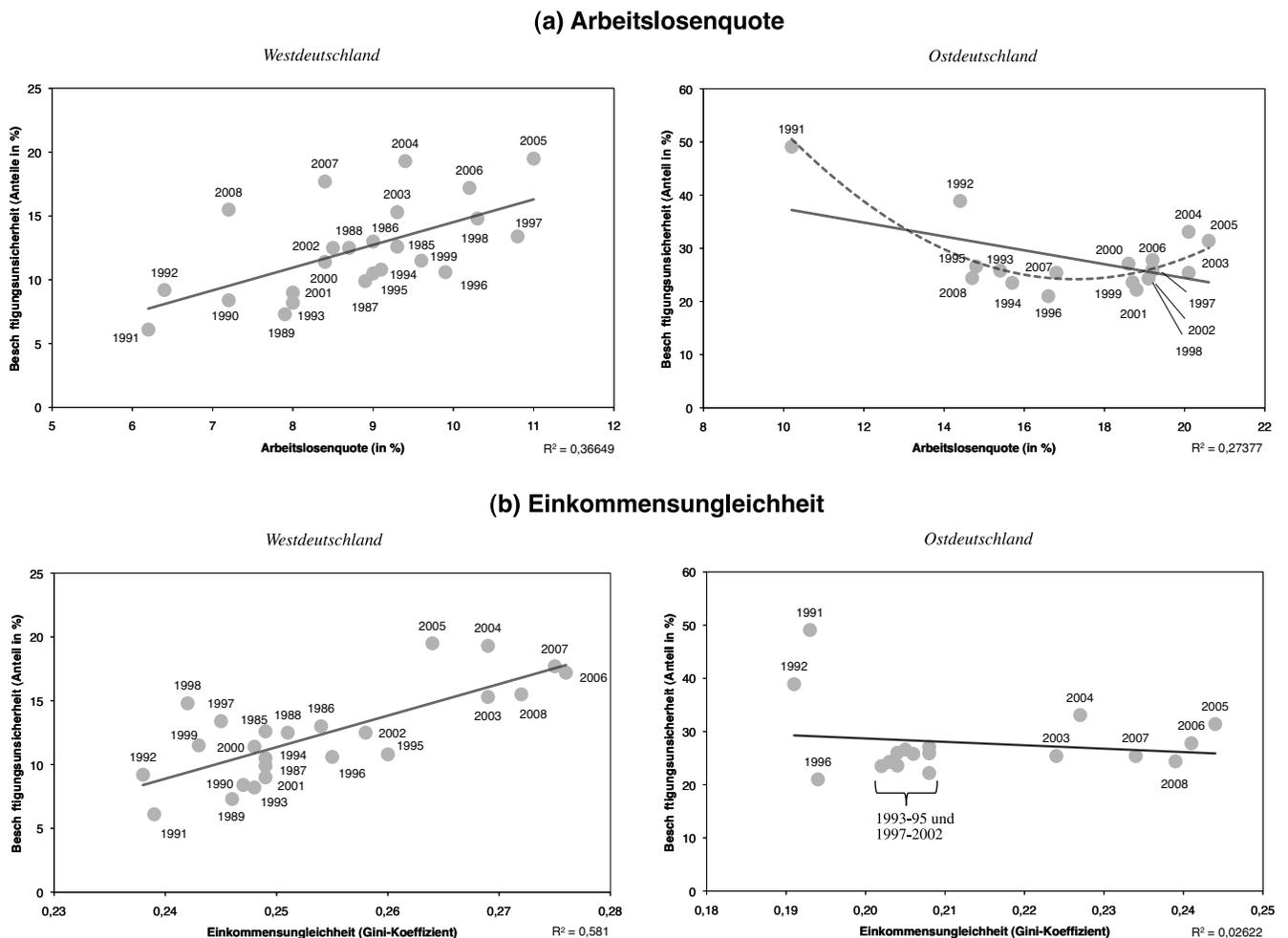
Innerhalb der vergangenen zehn Jahre hat sich die Einkommensungleichheit in Deutschland deutlich vergrößert. Eine Ursache dafür dürfte die deutliche Zunahme der Zahl der Niedrig-einkommensbezieher sein. Grafik 3b zeigt den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Einkommensungleichheit (gemessen als Gini-Koeffizient)³ und der subjektiven Beschäftigungsunsicherheit. Zumindest in Westdeutschland zeigt sich dabei ein klarer

positiver Zusammenhang. Insofern ist die in den letzten Jahren zunehmende Angst vor Jobverlust zu einem Teil vermutlich auch auf die gleichzeitig deutlich zunehmende Einkommensungleichheit zurückzuführen. Denn sinkende Einkommen gehen tendenziell auch mit einem abnehmenden finanziellen ‚Polster‘ einher, auf das die Menschen bei Jobverlust zurückgreifen könnten. Ferner bedeutet die negative Lohnentwicklung für Arbeitnehmer, dass sich die Chancen verringert haben dürften, bei Jobverlust eine vergleichsweise gut entlohnte neue Stelle zu finden. Dies könnte zusätzlich erklären, wieso sich ein Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Angst vor Arbeitsplatzverlust feststellen lässt.

Beschäftigungsunsicherheit hat negative Auswirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft

Die vorgestellten Analysen haben gezeigt, dass sich insbesondere zwischen 2001 und 2004 der Anteil der Beschäftigten in Deutschland deutlich erhöht hat, die sich große Sorgen um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes machen. Dem steht jedoch auf den ersten Blick

Grafik 3: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote, Einkommensungleichheit und Beschäftigungsunsicherheit



zu (a) Arbeitslosenquote: Quelle: BA
 zu (b) Einkommensungleichheit gemessen als Gini-Koeffizient; Basis ist das individuelle Monatseinkommen: Quelle: SOEP-Monitor (www.diw.de)
 Beschäftigungsunsicherheit gemessen als Anteil der Beschäftigten, die im jeweiligen Jahr angeben, sich große Sorgen um den Bestand ihres Arbeitsplatzes zu machen; Quelle: SOEP (querschnittsgewichtet), eigene Berechnungen

überraschender Weise kein turbulenteres Arbeitsmarktgeschehen zum Beispiel in Form sinkender Betriebszugehörigkeitsdauern gegenüber. So ist die Beschäftigungsstabilität in Westdeutschland in den vergangenen 25 Jahren trotz vielfältiger sozialer, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen erstaunlich konstant geblieben. Und in Ostdeutschland nähern sich seit den 1990er Jahren die entsprechenden Werte langsam an die (noch) höhere Beschäftigungsstabilität in den alten Bundesländern an und haben diese zum Teil schon erreicht.

Bis zum Beginn des neuen Jahrtausends war auch die subjektive Beschäftigungsunsicherheit durch eine hohe Konstanz geprägt beziehungsweise nahm in den neuen Bundesländern nach dem Vereinigungsschock zusehends ab. Ab etwa 2001 lässt sich jedoch ein sprunghafter Anstieg der Angst vor Jobverlust in West und Ost verzeichnen. Der vorliegende Beitrag hat hier einige Indizien vorgelegt, die als Ursachen für diese deutlich ansteigende Verunsicherung der Belegschaften in deutschen Betrieben vor allem die tief greifenden sozialpolitischen Veränderungen der letzten Jahre wahrscheinlich machen. Die deutlich zunehmende Einkommensungleichheit im Zusammenwirken mit den von vielen als statusbedrohend empfundenen „Hartz-Reformen“ scheinen unter anderem wesentlich zur Verunsicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beigetragen zu haben – und zwar bereits lange bevor die aktuelle Wirtschaftskrise begann.

Hinsichtlich der vielfältigen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Angst vor Jobverlust herrscht in der wissenschaftlichen Literatur weitgehend Einigkeit. Verunsicherte Belegschaften reagieren tendenziell eher mit einem Rückgang der Motivation und Leistungsbereitschaft, der Krankenstand erhöht sich und verunsicherte Leistungsträger verlassen als erste den Betrieb und wechseln den Arbeitgeber. Dieser negative Zusammenhang zwischen betriebswirtschaftlicher Produktivität und Beschäftigungsunsicherheit ist nicht nur aufgrund der damit verbundenen Schwächung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit problematisch. Hohe Krankenstände können auch zur Belastung des Gesundheits- und Rentensystems werden (steigende Behandlungskosten, verstärkte Frühverrentung etc.). Geishecker (2010) hat in einer jüngst erschienenen Studie sogar Hinweise dafür liefern können, dass die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, das individuelle Wohlbefinden sogar stärker beeinträchtigt als tatsächliche Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig zeigen eine Reihe von Studien auch die negativen Auswirkungen von Beschäftigungsunsicherheit auf Familien, in denen es unter solchen Bedingungen zum Beispiel verstärkt zu Konflikten kommen kann. Und schließlich gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die Sorge um den Arbeitsplatz auch zu einer Konsumzurückhaltung mit allen damit verbundenen negativen Folgen für die Wirtschaft führen kann.

Aufgrund der kurz- bis mittelfristigen negativen Auswirkungen von Beschäftigungsunsicherheit auf Beschäftigte, Betriebe, Familien und soziale Sicherungssysteme wären Anstrengungen zur Reduktion der Angst vor Jobverlust alleine schon gerechtfertigt. Jedoch ist auch darüber zu diskutieren, ob die subjektive Beschäftigungsunsicherheit – die im Übrigen im europäischen Vergleich in Deutschland bereits vor der Krise besonders hoch war (Erlinghagen 2008) – nicht auch ein wichtiger Faktor bezüglich der langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen ist. So kommt angesichts des demographischen Wandels und der absehbaren Verknappung des Arbeitskräftepotentials einer Reduzierung der Beschäftigungsunsicherheit auch eine wichtige Bedeutung in Bezug auf den nachhaltigen Umgang mit Humankapitalressourcen zu. Ungeachtet der Fragen nach einer erneuten beziehungsweise wiederbelebten „Humanisierung der Arbeit“ könnten die (dauerhaft) verunsicherten jüngeren Belegschaften von heute die nicht mehr leistungsfähigen oder aber nicht mehr leistungsbereiten älteren Beschäftigten von morgen sein. Dies ist nicht nur für die Beschäftigten selbst wenig erstrebenswert, sondern kann wohl auch nicht Ziel von Politik und Unternehmen sein.

- 1 *Der vorliegende Text ist eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung von Erlinghagen (2010). Dort finden sich auch umfassendere Literaturverweise.*
- 2 *Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung von Haushalten in den alten und (seit 1990) neuen Bundesländern. Befragt werden dabei Personen ab 16 Jahren. Dadurch können Analysen sowohl auf Haushaltsebene als auch auf Personenebene erfolgen. Der Panelcharakter der Befragung erlaubt sowohl repräsentative Querschnitts- als auch Längsschnittanalysen (vgl. Wagner et al. 2007).*
- 3 *Konkret wird im SOEP die Frage gestellt: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?“ Den Befragten werden elf Themenfelder genannt. Eines dieser Themenfelder bezieht sich auf die subjektive Beschäftigungssicherheit: Die Frage nach den Sorgen bezieht sich hierbei auf: „Um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?“ Den Befragten stehen drei Antwortkategorien zur Auswahl: „Große*

Sorgen“, „Einige Sorgen“ und „Keine Sorgen“.

- 4 *Ergebnisse auf Basis anderer Maßzahlen finden sich zum Beispiel in Erlinghagen 2010; zur Methodendiskussion vgl. Erlinghagen/Mühge 2006.*
- 5 *Der Gini-Koeffizient ist ein gängiges Maß für die Ungleichverteilung und stellt die tatsächliche Verteilung zum Beispiel von Einkommen in Relation zur hypothetischen Gleichverteilung. Der Gini-Koeffizient kann theoretisch einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen, wobei die Ungleichheit umso größer ist, je näher der Wert an 1 liegt.*

Erlinghagen, Marcel, 2010: *Mehr Angst vor Arbeitsplatzverlust seit Hartz? Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland. IAQ-Report 2010-02. Duisburg: IAQ.*

Erlinghagen, Marcel, 2008: *Self-Perceived Job Insecurity and Social Context. A Multi-Level Analysis of 17 European Countries. European Sociological Review 24: 183-197.*

Erlinghagen, Marcel, 2005: *Die mobile Arbeitsgesellschaft und ihre Grenzen. Zum Zusammenhang von Arbeitsmarktflexibilität, Regulierung und sozialer Sicherung. S. 31-52 in: Martin Kronauer, Gudrun Linne (Hg.), Flexicurity: Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin: edition sigma Verlag.*

Erlinghagen, Marcel, Mühge, Gernot, 2006: *Wie kann man die Beständigkeit von Beschäftigungsverhältnissen messen? Durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer und Überlebensrate: Zwei Messkonzepte im Vergleich. Wirtschaftswissenschaftliches Studium 35: 308-315.*

Geishecker, Ingo, 2010: *Perceived Job Insecurity and Well-Being Revisited: Towards Conceptual Clarity. SOEP Papers No. 282. Berlin: DIW.*

Wagner, Gert G., Frick, Joachim R., Schupp, Jürgen, 2007: *The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope Evolution and Enhancements. Schmollers Jahrbuch 127: 139-169.*

■ **Marcel Erlinghagen**
Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ),
Universität Duisburg-Essen
 Tel.: 0203 / 379-2733
 marcel.erlinghagen@uni-due.de

Materielle Lebensbedingungen prägen Lebenszufriedenheit in Deutschland stärker als in anderen Ländern

Analysen zum subjektiven Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden und die so genannte „Glücksforschung“ haben in den vergangenen Jahren nicht nur in Deutschland eine bemerkenswerte öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Neben einer Vielzahl von empirischen Erkenntnissen, die diese Forschung hervorgebracht hat, hat sie auch eine Diskussion über das subjektive Wohlbefinden als Gegenstand der Wohlfahrtsmessung sowie als Zielgröße des politischen Handelns angeregt (z. B. Stiglitz et al. 2009). In Deutschland werden Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens bereits seit den 1980er Jahren für die Wohlfahrtsmessung und Sozialberichterstattung verwendet, nachdem Wohlfahrt und Lebensqualität hier nach vorherrschendem Verständnis als Konstellation von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden betrachtet wurden. Der vorliegende Beitrag zielt darauf ab, typische Muster und Merkmale, aber auch Besonderheiten in den Ausprägungen und Bedingungsfaktoren des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland zu bestimmen, teilweise auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Im Zentrum steht daher eine Analyse von Korrelaten und Determinanten verschiedener Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens, insbesondere der Lebenszufriedenheit. Zuvor wird die zeitliche Entwicklung von ausgewählten Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens in West- und Ostdeutschland betrachtet sowie untersucht, wie sich das subjektive Wohlbefinden der Deutschen im Vergleich zu anderen Europäern darstellt.

Mit dem Begriff „subjektives Wohlbefinden“ wird ein komplexes und vielschichtiges Konstrukt bezeichnet, das verschiedene Komponenten umfasst. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die kognitive Komponente, die zumeist mithilfe von Zufriedenheitsindikatoren operationalisiert wird. Dementsprechend stützt sich unsere Betrachtung des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland auf die – verschiedene Bereiche und Aspekte des Lebens bilanzierende – Lebenszufriedenheit sowie darüber hinaus auf einige spezifische Zufriedenheitsmaße für ausgewählte Lebensbereiche: Während die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard auf die Bewertung der materiellen Lebensbedingungen abzielt, richtet sich die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auf

die subjektive Bewertung der Performanz der politischen Institutionen.

Die diesem Beitrag zugrunde liegenden empirischen Analysen stützen sich überwiegend auf den „European Social Survey“ des Jahres 2006, in dem das subjektive Wohlbefinden einer der thematischen Schwerpunkte war. Darüber hinaus wird auf die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zurückgegriffen, um die zeitliche Entwicklung des subjektiven Wohlbefindens in West- und Ostdeutschland nachzuzeichnen.

In Westdeutschland kaum Veränderungen des subjektiven Wohlbefindens im Zeitverlauf

Um die Entwicklung des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland im Zeitverlauf zu betrachten, stützen wir uns auf Daten zur Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland für den Zeitraum von 1990 bis 2008 (Grafik 1).

Der Verlauf der Zeitreihe verdeutlicht, dass sich das an der Lebenszufriedenheit gemessene durchschnittliche Niveau des subjektiven Wohlbefindens über den Zeitraum von fast zwei Jahrzehnten in Westdeutschland – trotz einer Vielzahl von nachhaltigen Veränderungen der objektiven Lebensverhältnisse sowie

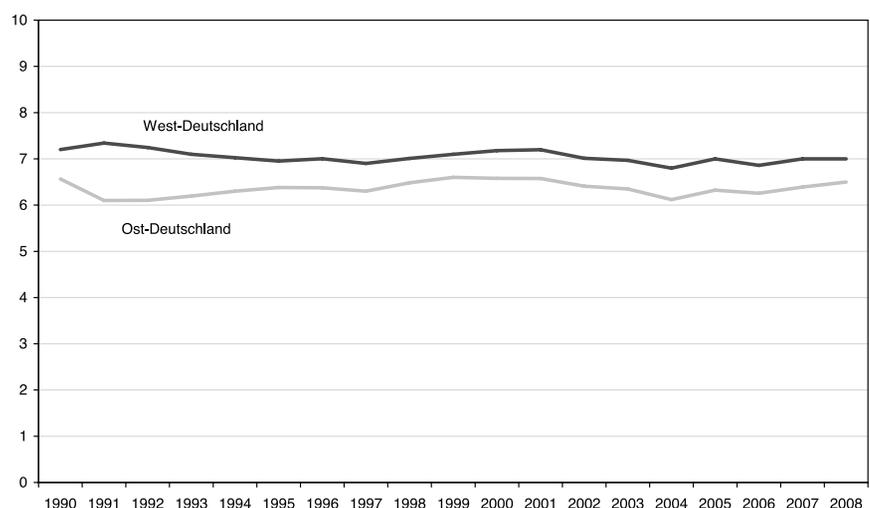
Tendenzen des Wandels sozialer Strukturen und der institutionellen Rahmenbedingungen – kaum verändert hat. Wenn man überhaupt von einer Veränderung des Niveaus der Lebenszufriedenheit in Westdeutschland sprechen kann, so sind die Zufriedenheitswerte zwischen 1990 und 2008 minimal von 7,2 auf 7,0 gesunken. Der niedrigste Wert von 6,8 ist für das Jahr 2004 zu beobachten. Anders stellt sich die Situation in Ostdeutschland dar. Der in diesem Teil des Landes unmittelbar nach der deutschen Vereinigung zu beobachtende – und angesichts der damaligen nationalen Stimmungslage unerwartete – Rückgang der Lebenszufriedenheit von 6,6 auf 6,1¹ dürfte primär mit unerfüllten Erwartungen im Hinblick auf eine schnelle Angleichung der ostdeutschen Lebensbedingungen an das westdeutsche Niveau zu erklären sein. Daneben manifestieren sich in dem anfänglichen Rückgang des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland aber auch die vielfältigen Probleme, mit denen sich die Bevölkerung in dieser frühen Phase des Transformationsprozesses konfrontiert sah.

Zufriedenheitslücke zwischen West- und Ostdeutschland seit Ende der 1990er Jahre unverändert

In den nachfolgenden Jahren hat die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland zunächst kontinuierlich bis auf einen Wert von 6,6 im Jahre 1999 zugenommen, aber stagniert seitdem von Schwankungen abgesehen. Das bedeutet auch, dass sich die Zufriedenheitslücke zwischen West- und Ostdeutschland seit dem Ende der 1990er Jahre nicht weiter geschlossen hat und auch am Ende der Beobachtungsperiode noch einen halben Skalenpunkt beträgt. Bis heute hat die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland damit nie das westdeutsche Niveau erreicht.

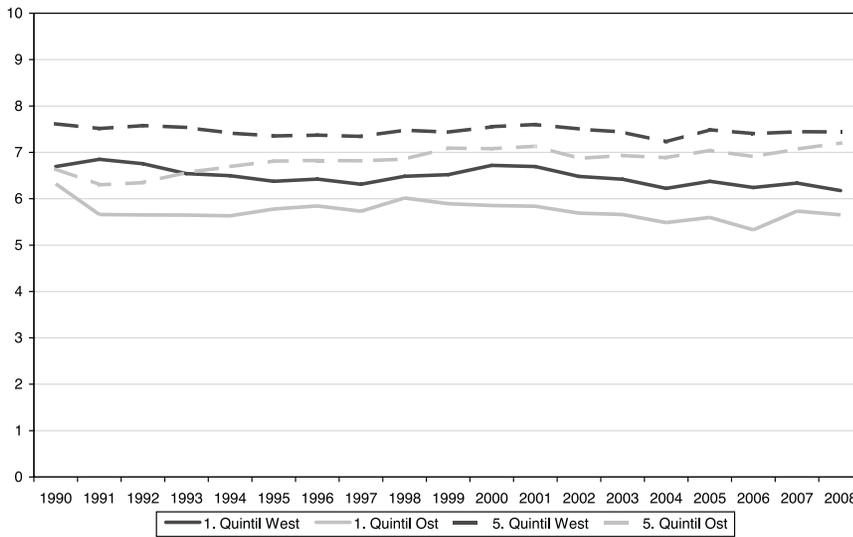
Wie eine Aufgliederung der Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen zeigt, hat sich die Lebenszufriedenheit für die ein-

Grafik 1: Allgemeine Lebenszufriedenheit 1990-2008



Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Grafik 2: Allgemeine Lebenszufriedenheit 1990-2008 – 1. und 5. Einkommensquintil



Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

kommensschwachen und einkommensstarken Bevölkerungssegmente in Ostdeutschland unterschiedlich entwickelt (Grafik 2): Anders als in Westdeutschland hat sich hier die Zufriedenheitslücke zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensquintil über den Zeitraum von 1990 bis 2008 erheblich vergrößert. Während die Lebenszufriedenheit der ökonomisch erfolgreichen Ostdeutschen mehr oder weniger kontinuierlich zugenommen und nahezu das Zufriedenheitsniveau der einkommensstärksten Westdeutschen erreicht hat, ist die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen im unteren Einkommenssegment über den gesamten Zeitraum betrachtet nicht gestiegen, sondern sogar gesunken.

Subjektives Wohlbefinden der Deutschen unterhalb des europäischen Durchschnitts

Wie aus der vergleichenden Betrachtung der Lebenszufriedenheit hervorgeht (Grafik. 3)², gehört Deutschland nicht zu den europäischen Ländern, die sich durch ein besonders hohes Niveau des subjektiven Wohlbefindens auszeichnen, wie z. B. die skandinavischen Länder oder auch die Nachbarländer Schweiz, Österreich und die Niederlande. Unter den 21 hier betrachteten europäischen Ländern nimmt Deutschland mit einem Wert von 6,8 auf der von 0 bis 10 reichenden Skala lediglich den 14. Rang ein. Von den EU-15 Ländern weisen lediglich Frankreich und Portugal niedrigere Niveaus der Lebenszufriedenheit auf als Deutschland. Der für Ostdeutschland ermittelte Wert von 6,2 wird nur in vier der hier betrachteten europäischen Länder – Slowakei, Portugal, Ungarn und Bulgarien – unterschritten.

Auch bezüglich der beiden Zufriedenheiten mit ausgewählten Lebensbereichen sind ähnliche Muster zu beobachten (Grafik 4). Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard rangiert Deutschland auf dem 13. Rang. Erneut sind es lediglich zwei EU-15

Länder – Frankreich und Portugal – die ein niedrigeres Zufriedenheitsniveau aufweisen. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie fällt im Vergleich zu anderen Maßen des subjektiven Wohlbefindens in allen hier betrachteten europäischen Ländern auffällig niedrig aus. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Personen dazu tendieren, ihre persönlichen Lebensumstände weniger kritisch und negativ zu bewerten als die Verhältnisse in öffentlichen Lebensbereichen, die sie nicht unmittelbar beeinflussen können und für die sie sich insofern auch nicht verantwortlich ansehen.³ Was die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie angeht, erreicht Deutschland mit einem Wert von 5,2 den 12. Rang unter den hier betrachteten europäischen Ländern. Bemerkenswert ist die diesbezügliche Zufriedenheitsdiskrepanz zwischen der westdeutschen (5,5) und ostdeutschen (3,9) Bevölkerung. Ein niedrigeres Niveau der Demokratiezufriedenheit als in Ostdeutschland

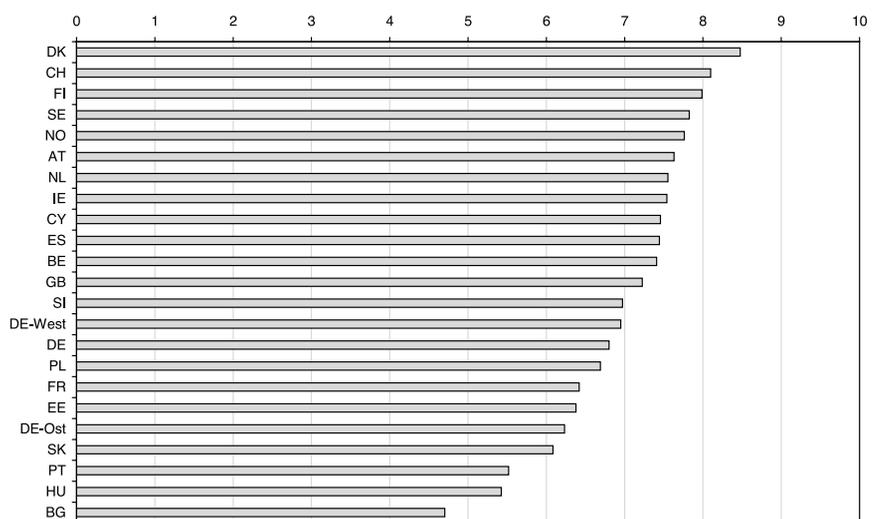
findet sich in Europa lediglich in Ungarn und Bulgarien.

Das vergleichsweise niedrige Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland scheint in erster Linie die Entwicklung der Lebensbedingungen zu reflektieren, die hierzulande in dieser Periode teilweise weniger vorteilhaft war als in anderen Ländern. Vor allem das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit sowie die für große Teile der Bevölkerung stagnierenden Realeinkommen könnten zu dem vergleichsweise niedrigen Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland beigetragen haben, darüber hinaus aber nicht zuletzt auch eine relative Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern.

Die empirische Forschung hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Befunden zu Korrelaten und Determinanten des subjektiven Wohlbefindens erbracht. Die Prädiktorvariablen umfassen sowohl psychologische als auch soziale und ökonomische Faktoren. Nachfolgend werden zunächst bivariate Zusammenhänge zwischen Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens und verschiedenen potenziellen Prädiktorvariablen für West- und Ostdeutschland betrachtet. Daran schließt sich eine weitergehende multivariate Analyse der Zusammenhänge mit dem Ziel an, zentrale Determinanten zu identifizieren. Gegenstand der Analyse sind neben der Lebenszufriedenheit als Indikator für das allgemeine subjektive Wohlbefinden zunächst auch die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie als Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden in ausgewählten Lebensbereichen und -zusammenhängen.

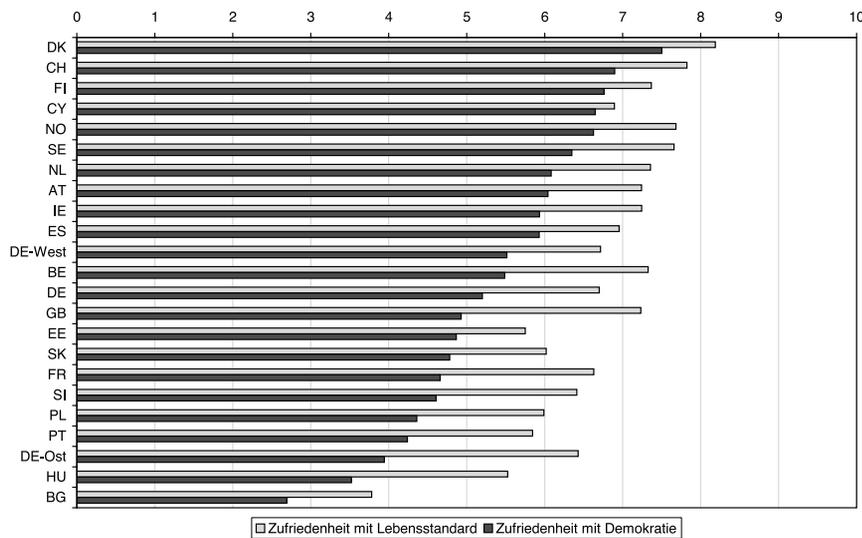
Auch in Deutschland unterscheidet sich das subjektive Wohlbefinden kaum zwischen den Geschlechtern. Das gilt für West- und Ostdeutschland gleichermaßen (Tabelle 1). Was

Grafik 3: Lebenszufriedenheit in Europäischen Ländern 2006



Datenbasis: European Social Survey 2006

Grafik 4: Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und der Demokratie in Europäischen Ländern 2006



Datenbasis: European Social Survey 2006

den Zusammenhang mit dem Alter angeht, wird vielfach auf ein U-förmiges Muster verwiesen (u. a. Blanchflower/Oswald 2007), d. h. ein niedrigeres Niveau des subjektiven Wohlbefindens in den mittleren Lebensjahren. Im Hinblick auf die Lebenszufriedenheit bestätigt sich ein U-förmiger Zusammenhang mit dem Alter für Ostdeutschland, nicht aber für Westdeutschland, wo nur minimale Differenzen zwischen den Altersgruppen festzustellen sind. Bezüglich der Zufriedenheit mit der Demokratie zeigt sich ein leicht U-förmiges Muster dagegen in beiden Regionen. Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard nimmt in Westdeutschland leicht, aber linear über die vier unterschiedlichen Altersgruppen zu, während sich in Ostdeutschland lediglich die Gruppe der über 65-Jährigen positiv vom Gesamtdurchschnitt abhebt. Dass die höchste Altersgruppe in beiden Regionen die höchste Zufriedenheit mit dem Lebensstandard aufweist, dürfte auch auf die gegenwärtig noch vergleichsweise günstigen materiellen Lage der Älteren in Deutschland zurückzuführen sein.

Der aus vielen Studien bekannte Befund, dass verheiratete und mit ihrem Partner zusammenlebende Personen mit ihrem Leben zufriedener sind als andere, bestätigt sich im innerdeutschen Vergleich nur für Westdeutschland. In Ostdeutschland sind die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen den unterschiedlichen Lebensformen insgesamt vergleichsweise gering; eine Ausnahme bildet lediglich der Personenkreis der Geschiedenen bzw. getrennt Lebenden, die in West- und Ostdeutschland durchgängig ein niedrigeres Niveau des subjektiven Wohlbefindens aufweisen.

Das Bildungsniveau kann das subjektive Wohlbefinden direkt und indirekt beeinflussen. Die Hypothese eines positiven Effekts höherer Bildungsabschlüsse auf das subjektive Wohlbefinden wird durch die vorliegenden Analyseergebnisse nur bedingt bestätigt: Wäh-

rend sowohl die Lebenszufriedenheit als auch die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard in Westdeutschland linear mit dem Bildungsniveau zunehmen, sind in Ostdeutschland keine entsprechenden Zusammenhänge zu beobachten. Eine mögliche Erklärung für den fehlenden Zusammenhang in Ostdeutschland könnte darin bestehen, dass die indirekten – insbesondere über den Arbeitsmarkt vermittelten – Effekte der Bildung auf die Lebenszufriedenheit dort infolge der Turbulenzen der Transformationsprozesse weniger ausgeprägt sind als in Westdeutschland. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie scheint überraschenderweise weder in Westdeutschland noch in Ostdeutschland systematisch mit dem Bildungsniveau zu variieren.

Arbeitslose nicht nur mit dem Leben insgesamt weniger zufrieden, sondern auch mit dem Funktionieren der Demokratie

Die Differenzierung nach dem Beschäftigungsstatus bzw. der „hauptsächlichen Tätigkeit“ offenbart, dass das subjektive Wohlbefinden durch Arbeitslosigkeit massiv beeinträchtigt wird. Arbeitslose sind in West- und Ostdeutschland nicht nur mit ihrem Leben insgesamt und ihrem Lebensstandard deutlich weniger zufrieden, sondern auch mit dem Funktionieren der Demokratie. Als überdurchschnittlich zufrieden erweisen sich dagegen in Ost und West Personen, die sich noch in einer Ausbildung befinden, aber auch Personen im Ruhestand.

Die Frage, welche Rolle die materiellen Lebensverhältnisse und insbesondere das Einkommen als Determinante des subjektiven Wohlbefindens spielen, hat die Forschung seit vielen Jahren beschäftigt. Betrachtet man den Zusammenhang im Querschnitt, zeigt sich sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland für sämtliche hier betrachteten Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens eine

vergleichsweise enge positive Korrelation mit dem Haushaltsäquivalenzeinkommen: Je höher die relative Einkommensposition, desto höher das subjektive Wohlbefinden. Der Zusammenhang ist in Ostdeutschland etwas stärker als in Westdeutschland, aber in beiden Regionen beachtlich und stärker ausgeprägt als es dem diesbezüglichen internationalen Forschungsstand zufolge in einer wohlhabenden Gesellschaft wie Deutschland zu erwarten wäre.⁴

Eine nach der Konfessionszugehörigkeit differenzierte Betrachtung scheint den Befund eines positiven, wenn auch nicht besonders starken, Zusammenhangs zwischen der Kirchengzugehörigkeit und dem subjektiven Wohlbefinden zu bestätigen (z. B. Clark und Lelkes 2009). Für Deutschland zeigt sich in West und Ost, dass Befragte die keiner Konfession angehören, weniger zufrieden sind als Befragte, die der evangelischen oder katholischen Kirche angehören.

Zwischen dem Gefühl der Sicherheit in der Wohngegend und dem subjektiven Wohlbefinden ist ein enger positiver Zusammenhang festzustellen, in Ostdeutschland noch ausgeprägter als in Westdeutschland: Je sicherer man sich fühlt, desto höher das subjektive Wohlbefinden. Der Zusammenhang zeigt sich für jeden der drei betrachteten Indikatoren, aber die Lebenszufriedenheit wird offenbar stärker von der subjektiv wahrgenommenen Sicherheit vor Kriminalität beeinflusst als die beiden anderen Aspekte des subjektiven Wohlbefindens.

Positiver Effekt des Sozialkapitals auf das subjektive Wohlbefinden

Die vorliegende Analyse stützt sich auf zwei verschiedene Indikatoren, um das Ausmaß des Sozialkapitals, über das Personen verfügen, zu quantifizieren: die Häufigkeit von Kontakten mit Freunden und Verwandten sowie das Vorhandensein von Personen, denen man auch persönliche Nöte und Sorgen anvertrauen kann.⁵ Beide Sozialkapitalindikatoren stehen mit dem subjektiven Wohlbefinden in einem positiven Zusammenhang: Je weniger sozial integriert und je mehr isoliert Personen sind, desto niedriger fällt ihr subjektives Wohlbefinden aus. Soziale Kontakte zu Freunden und Verwandten heben nicht nur die Lebenszufriedenheit, sondern auch die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Zudem weisen Befragte, die angeben niemanden zu haben, mit dem sie persönliche Angelegenheiten und Sorgen besprechen können, im Durchschnitt ein signifikant niedrigeres Niveau des subjektiven Wohlbefindens auf als solche, die über entsprechende Vertrauenspersonen verfügen und besser in soziale Netzwerke integriert sind.

Während sich die Betrachtung bisher auf bivariate Zusammenhänge konzentrierte, werden im Folgenden Ergebnisse einer multivariaten Regressionsanalyse mit dem Ziel präsentiert, zentrale Determinanten der Lebenszufrieden-

Tabelle 1: Zufriedenheit mit dem Leben, dem Lebensstandard und der Demokratie für West- und Ostdeutschland

	Lebenszufriedenheit		Zufriedenheit mit dem Lebensstandard		Zufriedenheit mit der Demokratie	
	arithmetisches Mittel 0-10					
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Gesamt	7,0	6,2	6,7	6,4	5,5	3,9
Alter						
16-35 Jahre	6,9	6,7	6,5	6,4	5,6	4,5
36-50 Jahre	6,9	5,8	6,7	6,2	5,4	3,5
51-65 Jahre	7,0	5,9	6,8	6,4	5,3	3,7
66+ Jahre	7,1	6,6	7,0	6,9	5,9	4,2
Geschlecht						
Männlich	6,9	6,3	6,8	6,5	5,6	4,1
Weiblich	7,0	6,2	6,7	6,4	5,5	3,8
Lebensformen						
Verheiratet, m. Partner zusammenlebend	7,2	6,3	7,1	6,7	5,6	3,9
Unverheiratet, m. Partner zusammenlebend	6,9	6,5	6,6	6,6	5,4	3,8
Geschieden/getrennt, kein Partner	5,9	4,9	5,2	5,4	4,6	2,9
Verwitwet, kein Partner	6,5	6,2	6,4	6,5	5,6	4,1
Single/Sontiges, ohne Partner	6,8	6,3	6,4	6,1	5,7	4,3
Bildungsabschluss²						
Grundschule/Sekundarstufe I	6,6	6,6	6,2	6,6	5,6	4,6
Sekundarstufe II	6,9	5,8	6,6	6,0	5,4	3,7
Postsekundäre Bildung	7,2	6,8	7,0	7,2	5,8	4,6
Hochschulbildung	7,3	6,6	7,2	6,9	5,6	3,9
Haupttätigkeit						
Bezahlte Erwerbstätigkeit	6,9	6,5	6,8	6,7	5,5	3,9
In Ausbildung	7,4	7,2	6,9	6,8	6,1	4,8
Arbeitslos	5,5	4,0	4,9	4,3	5,0	2,9
Im Ruhestand	7,2	6,6	7,1	6,8	5,7	4,0
Hausarbeit	7,0	(5,4)	6,6	(6,6)	5,3	(3,9)
Konfession						
Keine	6,5	6,1	6,3	6,3	5,1	3,7
Katholisch	7,2	6,9	6,9	6,9	5,7	4,8
Evangelisch	7,2	6,3	6,9	6,7	5,8	4,3
Kriminalitätsfurcht						
Sehr sicher	7,3	6,9	7,1	6,8	5,8	4,4
Sicher	6,9	6,3	6,7	6,5	5,5	4,0
Unsicher	6,7	6,0	6,3	6,3	5,1	3,6
Sehr unsicher	6,0	(4,8)	6,1	(5,5)	4,2	(3,0)
Einkommensquintile						
1. Quintil	5,9	5,0	5,4	5,1	5,1	3,5
2. Quintil	6,8	6,0	6,6	6,2	5,6	3,9
3. Quintil	7,0	6,7	6,7	7,0	5,6	4,0
4. Quintil	7,3	6,9	7,3	7,1	5,7	4,2
5. Quintil	7,7	7,5	7,7	7,6	6,0	4,7
Treffen mit Freunden						
Seltener als 1 x/Monat	6,0	5,7	5,7	6,0	5,5	3,6
1x/Monat bis 1x/Woche						
1mal/Woche	7,0	6,2	6,8	6,4	5,6	3,8
Öfter 1x/Woche; Jeden Tag	7,1	6,5	6,8	6,6	5,4	4,2
Vertraute Person vorhanden						
Ja	7,0	6,3	6,8	6,5	5,6	4,0
Nein	5,6	(5,2)	5,6	(4,7)	4,7	(3,2)
Vertrauen in das Parlament						
sehr niedrig	6,5	5,6	6,3	5,9	4,1	2,9
niedrig	7,1	6,7	6,9	6,9	5,9	4,7
mittel	7,6	7,2	7,2	7,2	6,9	5,8
hoch	7,6	(7,9)	7,2	(7,8)	7,3	(6,1)
Vertrauen in die Justiz						
sehr niedrig	6,2	5,6	6,2	5,7	3,9	2,7
niedrig	6,8	6,2	6,6	6,5	5,2	4,1
mittel	7,0	6,7	6,9	6,7	6,0	5,2
hoch	7,6	7,3	7,2	7,4	6,7	5,2

1) Skala von 0 „äußerst unzufrieden“ bis 10 „äußerst zufrieden“

2) Basis: ISCED-Klassifikation. Sekundarstufe I: Abschlüsse bis zur Mittleren Reife. Sekundarstufe II: Abschluss Berufsfachschule, Fachoberschule, gymnasiale Oberstufe. Postsekundäre Bildung: Zugang zur Hochschulbildung, z. B. Fachoberschulen, Abendkollegs. Hochschulbildung: Fachhochschulen, Universitäten.

Datenbasis: European Social Survey 2006

heit in Deutschland zu bestimmen. Anders als im vorigen Abschnitt wird sich diese Analyse auf die Lebenszufriedenheit, d. h. das allgemeine subjektive Wohlbefinden beschränken.

Tabelle 2 stellt die Ergebnisse von drei verschiedenen Regressionsmodellen dar. Das erste Modell umfasst ausschließlich soziodemografische und sozio-ökonomische Prädiktorvariablen: die regionale Zugehörigkeit zu West- oder Ostdeutschland, das Haushaltseinkommen und die Haushaltsgröße, das Alter, den familiären Status, den Bildungsabschluss und den Beschäftigungsstatus. Die Parameter verdeutlichen zunächst, dass Arbeitslosigkeit das subjektive Wohlbefinden erheblich beeinträchtigt, während die Lebenszufriedenheit mit steigendem Einkommen deutlich zunimmt. In Ostdeutschland zu leben wirkt sich - selbst dann wenn die Unterschiede in den objektiven Lebensbedingungen kontrolliert werden - negativ auf die Lebenszufriedenheit aus. Dagegen schlagen sich höhere Bildungsabschlüsse und das Leben im Ruhestand in einer höheren Lebenszufriedenheit nieder.

Einkommen und Arbeitslosigkeit bestimmen die Lebenszufriedenheit in Deutschland stärker als in anderen europäischen Ländern

Dieses ausschließlich objektive Prädiktorvariablen berücksichtigende Modell bindet 19 Prozent der gesamten Varianz der Lebenszufriedenheit und erweist sich damit als überraschend erklärungskräftig. Für beide Teile des Landes separat durchgeführte Analysen führen zu dem Ergebnis, dass die Erklärungskraft der soziodemografischen und sozio-ökonomischen Variablen dieses Modells in Ostdeutschland ($R^2 = .19$) stärker ist als in Westdeutschland ($R^2 = .15$). Weitergehende vergleichende Analysen deuten zudem darauf hin, dass die objektiven Lebensbedingungen, wie sie mit den Variablen dieses Modells erfasst werden, das subjektive Wohlbefinden in Deutschland stärker zu prägen scheinen als in anderen westeuropäischen ($R^2 = .10$) und osteuropäischen ($R^2 = .17$) Gesellschaften. Auffällig ist dabei vor allem der im Vergleich zu den übrigen westeuropäischen Gesellschaften ($b = 0.49$) unerwartet starke Effekt des Haushaltseinkommens in Westdeutschland ($b = 0.84$), der kaum schwächer ist als in Ostdeutschland ($b = 0.94$) und ebenso stark wie in den osteuropäischen Ländern. Dieser Befund steht im Widerspruch zu dem aus anderen Studien bekannten Resultat einer mit steigendem Wohlstandsniveau abnehmenden Erklärungskraft des Einkommens für das subjektive Wohlbefinden. Bemerkenswert ist zudem der hohe, über den Effekt der mit ihr verbundenen Einkommensminderung hinausgehende, negative Effekt der Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland.⁶ Über die Gründe für die überraschend hohe Erklärungskraft dieser Merkmale können hier nur Vermutungen angestellt werden. Denkbar erscheint die Möglichkeit, dass die weitgehende Stagnation der Realeinkommen (Brenke 2009) zu dem außergewöhnlich

starken Gewicht des Haushaltseinkommens als Determinante der Lebenszufriedenheit in Deutschland beigetragen haben könnte. Der überdurchschnittlich starke negative Effekt der Arbeitslosigkeit – besonders in Ostdeutschland – könnte u. a. auf das mit der Einführung der sogenannten Hartz-Gesetze gestiegene Bedrohungspotenzial der Arbeitslosigkeit und die damit vielfach verbundenen Abstiegs- und Existenzängste zurückzuführen sein.⁷

Subjektiver Gesundheitszustand und Sozialkapital starke Prädiktoren der Lebenszufriedenheit

Zusätzlich zu den sozio-demografischen und sozio-ökonomischen Variablen des ersten Mo-

dells umfasst Modell 2 fünf weitere potenzielle Prädiktoren: den subjektiven Gesundheitszustand, die Konfessionszugehörigkeit, die Häufigkeit sozialer Kontakte, das Vorhandensein einer Person für vertrauensvolle persönliche Gespräche sowie das Gefühl der Sicherheit vor Kriminalität im Wohnumfeld. Wie die Ergebnisse dieser Analyse dokumentieren, ergibt sich für jede dieser Variablen ein zusätzlicher signifikanter Effekt auf die Lebenszufriedenheit: Während eine katholische oder protestantische Konfessionszugehörigkeit und häufige Kontakte zu Freunden und Verwandten die Lebenszufriedenheit tendenziell erhöhen, wirken sich ein schlechter Gesundheitszustand, das Gefühl der Unsicherheit in der Wohngegend und das Fehlen von vertrauten

Personen für persönliche Gespräche negativ auf das subjektive Wohlbefinden aus. Unter diesen zusätzlich eingeführten Variablen erweist sich der subjektiv wahrgenommene Gesundheitszustand als der mit Abstand stärkste Prädiktor der Lebenszufriedenheit. Der ausgeprägte negative Effekt der Zugehörigkeit zu Ostdeutschland wird durch die in Modell 2 zusätzlich eingeführten Variablen deutlich verringert Insgesamt erklären die in Modell 2 berücksichtigten Variablen 28 Prozent der Varianz der Lebenszufriedenheit in Deutschland.

Gegenüber Modell 2 umfasst Modell 3 weitere drei potenzielle Prädiktorvariablen, die sich auf das Vertrauen in wohlfahrtsstaatliche Institutionen und das politische System beziehen. Eine dieser Variablen misst das Vertrauen in das System der Alterssicherung indirekt über die Sorgen der Befragten, dass ihr Einkommen im Alter für den Lebensunterhalt nicht ausreichen könnte.⁸ Die Befunde bestätigen, dass das subjektive Wohlbefinden durch Besorgnisse über die Alterssicherung deutlich beeinträchtigt wird. Die beiden anderen zusätzlich berücksichtigten Variablen – Vertrauen in das Parlament und Vertrauen in die Justiz – sind positiv mit der Lebenszufriedenheit korreliert. Alles in allem erklären die in Modell 3 enthaltenen Prädiktorvariablen 33 Prozent der Varianz der Lebenszufriedenheit in Deutschland.

Niedrigere Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen auch auf geringeres Institutionenvertrauen zurückzuführen

Bemerkenswert ist die Beobachtung, dass der zunächst starke negative Effekt der Zugehörigkeit zu Ostdeutschland nach der Einführung der zusätzlichen Variablen nahezu vollständig verschwindet. Dieser Befund ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die niedrigere Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen insbesondere auch auf deren geringeres Vertrauen in wohlfahrtsstaatliche Institutionen sowie in das politische und rechtliche System der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen ist. Arbeitslosigkeit und das Haushaltseinkommen erweisen sich auch nach Einführung der zusätzlichen Variablen als signifikante Faktoren und gehören damit zweifellos zu den einflussstärksten Prädiktoren des subjektiven Wohlbefindens in West- und Ostdeutschland.

Bezüglich der Korrelate und Determinanten des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland haben sich verschiedene Befunde der bisherigen Forschung bestätigt, darunter der enge Zusammenhang mit dem subjektiv wahrgenommenen Gesundheitszustand und der positive Effekt der Verfügung über soziales Kapital. Auffällig und zum Teil abweichend von Befunden für andere Länder ist der starke positive Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen und der ausgeprägte negative Effekt der Arbeitslosigkeit auf das subjektive Wohlbefinden. Bemerkenswert erscheint zudem die Tatsache, dass sich die auch

Tabelle 2: OLS Regression – Determinanten der Lebenszufriedenheit in Deutschland 2006

	Model (1)	Model (2)	Model (3)
Nicht-standardisierte Koeffizienten ²			
<i>Westdeutschland (Referenz)</i>			
Ostdeutschland	-0.54***	-0.23*	-0.09
Haushaltseinkommen (log)	0.89***	0.73***	0.60***
Haushaltsgröße (log)	-0.30*	-0.33**	-0.27*
Alter	-0.06**	-0.03	-0.02
Alter quadriert (/100)	0.05**	0.04*	0.02
<i>Ledig/Andere, kein Partner (Referenz)</i>			
Verheiratet, m. Partner zusammenlebend	0.37*	0.39*	0.36*
Unverheiratet, m. Partner zusammenlebend	0.20	0.30	0.33
Geschieden/getrennt, kein Partner	-0.43*	-0.32	-0.15
Verwitwet, kein Partner	-0.22	-0.06	-0.09
<i>Grundschule/Sekundarstufe I (Referenz)</i>			
Sekundarstufe II	0.37*	0.28	0.20
Postsekundäre Bildung	0.65**	0.41*	0.22
Hochschulbildung	0.61**	0.39*	0.25
<i>Bezahlte Erwerbstätigkeit (Referenz)</i>			
In Ausbildung	0.68**	0.61**	0.39
Arbeitslos	-1.14***	-1.11***	-1.02***
Im Ruhestand	0.49**	0.57***	0.55***
Hausarbeit	0.01	0.12	0.13
Anderes	-0.86**	-0.24	-0.37
Subjektiver gesundheitlicher Status		-0.65***	-0.56***
<i>Konfession: keine (Referenz)</i>			
Konfession: katholisch		0.56***	0.44***
Konfession: protestantisch		0.48***	0.35***
Konfession: andere		0.68**	0.67**
Treffen mit Freunden (1-3)		0.14***	0.13***
<i>Vertrauter Ansprechpartner (Referenz)</i>			
Kein vertrauter Ansprechpartner		-0.68***	-0.67***
Angst vor Verbrechen (1-4)		-0.21***	-0.10
<i>Keine Bedenken bezügl. des Einkommens im Alter (Referenz)</i>			
Bedenken bezügl. des Einkommens im Alter			-0.12***
Vertrauen in den Bundestag (0-10)			0.08***
Vertrauen in die Justiz (0-10)			0.08***
Konstante	1.16	2.52***	3.15***
Anzahl der Beobachtungen	2029	2029	2029
Adjusted R ²	0.19	0.28	0.33

1) Skala von 0 „äußerst unzufrieden“ bis 10 „äußerst zufrieden“

2) * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

3) Basis: ISCED-Klassifikation. Sekundarstufe I: Abschlüsse bis zur Mittleren Reife. Sekundarstufe II: Abschluss Berufsfachschule, Fachoberschule, gymnasiale Oberstufe. Postsekundäre Bildung: Zugang zur Hochschulbildung, z. B. Fachoberschulen, Abendkollegs.

Datenbasis: European Social Survey 2006

zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung fortbestehende markante Zufriedenheitslücke zwischen West- und Ostdeutschland nahezu vollständig schließt, wenn die in der Regressionsanalyse berücksichtigten unabhängigen Variablen kontrolliert werden. Neben den sozio-ökonomischen Lebensbedingungen und der subjektiven Perzeption der individuellen Lebenssituation haben sich nicht zuletzt auch das Vertrauen in wohlfahrtstaatliche Institutionen sowie in die Politik und die Justiz als ein wichtiger Faktor für die Erklärung der West-Ost-Differenzen im Niveau des subjektiven Wohlbefindens erwiesen. Dieser Befund verdeutlicht exemplarisch, dass es auf die Politik ankommt und dass sozialpolitische und andere Maßnahmen das subjektive Wohlbefinden sowohl positiv als auch negativ beeinflussen können.

- 1 Bei der Interpretation des Rückgangs der Lebenszufriedenheit zwischen 1990 und 1991 ist insofern Vorsicht angezeigt, als es sich dabei um Daten aus den beiden ersten Wellen des SOEP in Ostdeutschland handelt. Vor allem die erste Welle fand unter besonderen Rahmenbedingungen statt und wirft insofern auch Fragen nach der Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf.
- 2 Die Fragen im European Social Survey lauten: „Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem gegenwärtigen Leben?“; „Und wie zufrieden sind Sie mit Ihrem gegenwärtigen Lebensstandard?“; „Und wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?“.
- 3 Vgl. z. B. Noll (2008: 10).
- 4 Vgl. dazu auch Stevenson/Wolfers (2008), die in ihrem Beitrag neue Daten zum Zusammenhang von Einkommens und dem subjektiven Wohlbefinden vorgelegt und das sogenannte „Easterlin Paradox“ kritisch beleuchtet haben.
- 5 Die entsprechenden Fragen lauten: (1) „Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen?“; (2) „Haben Sie jemanden, mit dem Sie über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten reden können?“
- 6 Mit einem $b = 1.47$ ist dieser zusätzliche Effekt der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland ($b = 0.83$) und den übrigen westeuropäischen ($b = 0.80$) und osteuropäischen ($b = 0.65$) Ländern.
- 7 Vgl. dazu auch den Beitrag von Marcel Erlinghagen in diesem Heft.
- 8 Die entsprechende Frage lautet: „Wie sehr befürchten Sie, dass Ihr Einkommen im Alter nicht ausreichen könnte, um Ihre Bedürfnisse zu decken? Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung wieder mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 bedeutet ‚befürchte ich überhaupt nicht‘ und 10 bedeutet ‚befürchte ich sehr‘.“

Blanchflower, David G., Oswald, Andrew J., 2007: Is Well-Being U-Shaped over the Life Cycle? IZA Discussion Paper No. 3075.

Brenke, Karl, 2009: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht Nr. 33/2009: 550–560.

Clark, Andrew, Lelkes, Orsolya, 2009: Let Us Pray: Religious Interactions in Life Satisfaction. PSE Working Papers No. 2009-01.

Noll, Heinz-Herbert, 2008: European Survey Data: Rich Sources for Quality of Life Research., S. 1–21 in: Valerie Møller, Dennis Huschka, Alex C. Michalos (Hg.), Barometers of Quality of Life Around the Globe, Social Indicators Research Series. 33. Dordrecht: Springer.

Stevenson, Betsey, Wolfers, Justin, 2008: Economic Growth and Subjective Well-Being: Reassessing the Easterlin Paradox. National Bureau of Economic Research: Working Paper 14282. Stanford.

Stiglitz, Joseph E., Sen, Amartya, Fitoussi, Jean-Paul, 2009: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.

■ Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245

heinz-herbert.noll@gesis.org

stefan.weick@gesis.org

Arbeitsgruppe „Zufriedenheit“ des Ameranger Disputs veröffentlicht Memorandum

„Zufriedenheit trotz sinkenden Wohlstands“ lautet der Titel des kürzlich erschienenen Memorandums der Arbeitsgruppe „Zufriedenheit“ des Ameranger Disputs der Ernst-Freiberger-Stiftung. Gegenstand der Beratungen und Diskussionen der Arbeitsgruppe war die Frage, wie sich ein stagnierender oder gar sinkender materieller Wohlstand auf das subjektive Wohlbefinden bzw. die Lebenszufriedenheit der Bevölkerungen reicher Länder auswirken könnte. Die These, dass der materielle Wohlstand in den reichen westlichen Ländern seinen Höhepunkt erreicht hat und zukünftig mit Wohlstandseinbußen zu rechnen sein wird, wurde als Prämisse behandelt und war nicht Gegenstand der Erörterungen.

Die Arbeitsgruppe, die sich unter anderem auch auf die Ergebnisse einer speziell für diesen Zweck beauftragten Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie Allensbach stützte, kam zu dem Ergebnis, dass die Lebenszufriedenheit in Deutschland nach wie vor stark durch die materielle Lage bestimmt wird, wenngleich auch immaterielle Zufriedenheitsquellen eine wichtige Rolle spielen (vgl. dazu auch den Beitrag von H.-H. Noll und S. Weick in diesem Heft). Ein nachhaltiges Absinken des materiellen Lebensstandards dürfte das subjektive Wohlbefinden daher aller Voraussicht nach spürbar dämpfen. Dafür sprechen insbesondere auch Befunde, denen zufolge die negativen Effekte von Wohlstandsverlusten auf das subjektive Wohlbefinden stärker sind als die positiven Effekte von Wohlstandsgewinnen. Ob und in welchem Maße unter den Bedingungen eines stagnierenden und sinkenden materiellen Wohlstands mit einem Rückgang des durchschnittlichen subjektiven Wohlbefindens zu rechnen sein wird, hängt aber – wie die Arbeitsgruppe konstatiert – von verschiedenen Bedingungen ab: z. B. ob das Wohlstandsniveau allmählich oder abrupt sinkt, ob bestimmte Mindeststandards gewahrt bleiben oder unterschritten werden, ob Verluste gerecht verteilt sind oder sich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen konzentrieren, ob Beschäftigungslosigkeit vermieden werden kann und inwieweit die negativen Effekte der materiellen Wohlstandsverluste durch positive

Effekte aus immateriellen Zufriedenheitsquellen (soziale Beziehungen, Partizipation, zivilgesellschaftliches Engagement) kompensiert werden können.

Die Arbeitsgruppe wurde von Professor Dr. Meinhard Miegel (Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung) geleitet. Weitere Mitglieder waren: Professor Dr. Mathias Binswanger (FH Olten), Professor Dr. Michael von Brück (LMU München), Professor Dr. Jan Delhey (Jacobs-University, Bremen), Dr. Friedrich Hinterberger (Sustainable Europe Research Institute, Wien), Professor Dr. Heiner Meulemann (Universität Köln), Dr. Heinz Herbert Noll (GESIS, Mannheim), Professor Dr. Horst W. Opaschowski (BAT Stiftung Zukunftsfragen, Hamburg), Professor Dr. Karlheinz Ruckriegel (Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Nürnberg), Professor Dr. Erich H. Witte (Universität Hamburg).

Arbeitsgruppe „Zufriedenheit“ des Ameranger Disputs der Ernst-Freiberger-Stiftung, „Zufrieden trotz sinkenden materiellen Wohlstands“, 45 Seiten, Amerang 2010. Download unter: www.ernst-freiberger-stiftung.de oder www.gesis.org/soziale-indikatoren

■ Heinz-Herbert Noll, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241

heinz-herbert.noll@gesis.org

Weniger Engagement bei Jugendlichen, mehr bei den Älteren

Ergebnisse der Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009

Die Qualität einer modernen Gesellschaft bemisst sich unter anderem daran, in welchem Ausmaß Bürgerinnen und Bürger sich an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und inwiefern sie sich freiwillig engagieren. Je größer ihre Beteiligung und ihr Engagement, desto gefestigter das „Zivilgesellschaftliche“ als besondere Qualität einer Gesellschaft. Dabei ist es nicht, wie oft behauptet, die Hauptaufgabe der Zivilgesellschaft, soziale Leistungen zu erbringen oder die soziale Integration einer Gesellschaft zu stärken. Obwohl die öffentlichen Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger häufig, wenn auch nicht immer, diese Wirkungen haben, ist der Zweck der Zivilgesellschaft weiter gesteckt. Vor allem geht es darum, dass Menschen bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Zivilgesellschaft mit ihrem Kernstück, dem freiwilligen Engagement, ist nicht nur ein Denkmodell, sondern seit den 1990er-Jahren auch ein Bereich der Sozialberichterstattung. Die so genannten „Freiwilligensurveys“ bieten eine wichtige Datengrundlage der empirischen Engagementforschung, die sich mit dem zivilgesellschaftlichen Verhalten der Bevölkerung beschäftigt.

Die Zivilgesellschaft sichtbar machen

Seit den 1990er Jahren hatte das öffentliche Interesse an verlässlichen Informationen für die Zivilgesellschaft in Deutschland deutlich zugenommen. Mit den Freiwilligensurveys werden der Öffentlichkeit seit 1999 regelmäßig repräsentative Informationen zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerengagement zur Verfügung gestellt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) lässt mit den Surveys alle fünf Jahre umfangreiche Daten zum Engagement der Bürgerinnen und Bürger erheben und für die Öffentlichkeit auswerten. Sie wurden bisher in den Jahren 1999, 2004 und 2009 von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt und ausgewertet (Gensicke 2010, Gensicke et al. 2006, Rosenblatt von 2001) Der Stichprobenumfang der telefonischen Befragungen betrug in den Jahren 1999 und 2004 jeweils 15.000 und 2009 20.000 zufällig ausgewählte Personen der deutschsprachigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren.¹

Seit der ersten Erhebungswelle verwenden die Freiwilligensurveys 1999 ein unverändertes Konzept, das die Vergleichbarkeit zwischen den Messpunkten sicherstellt. Nachdem sich in Vorstudien erhebliche Schwierigkeiten gezeigt hatten, ein emotional unterfüttertes und vieldeutiges Konzept wie „freiwilliges Engagement“ mit einfachen Fragen direkt zu erfassen, wurde ein mehrstufiges Verfahren entwickelt. Zunächst wird, gestützt auf eine Liste von 14 einschlägigen Bereichen, die öffentliche Aktivität der Menschen in Gruppen, Vereinen, Organisationen oder Institutionen erfasst. Es geht um die Ermittlung von (oft noch unverbindlichen) Kontakten und Betätigungen im öffentlichen Raum, die jedoch bereits über rein private und erwerbsbezogene Zwecke hinausgehen. Das kann der Besuch von Veranstaltungen ebenso sein, wie der Kontakt zu einer

öffentlichen Institution oder die Beteiligung in einer Mannschaft oder Gruppe.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass es auch heute keine Selbstverständlichkeit ist, dass Menschen die Schwelle vom Privaten zur öffentlichen Beteiligung im Rahmen der organisierten Infrastruktur der Zivilgesellschaft (Dritter Sektor) überschreiten. Zwar traf das 2009 auf reichlich 70% der Bevölkerung zu, aber in einzelnen Regionen oder Gruppen der Bevölkerung ist der Anteil organisatorisch wenigstens locker integrierter Personen deutlich niedriger (z. B. bei Migranten, in der einfachen Bevölkerungsschicht, bei älteren Menschen und teils noch in den neuen Ländern). Das ist deswegen von Bedeutung, weil der Bezug zur Organisationenwelt eine wichtige Vorstufe zur Übernahme einer verantwortlichen Tätigkeit ist. Auch heute finden die meisten Menschen über einen organisatorischen Kontext in eine

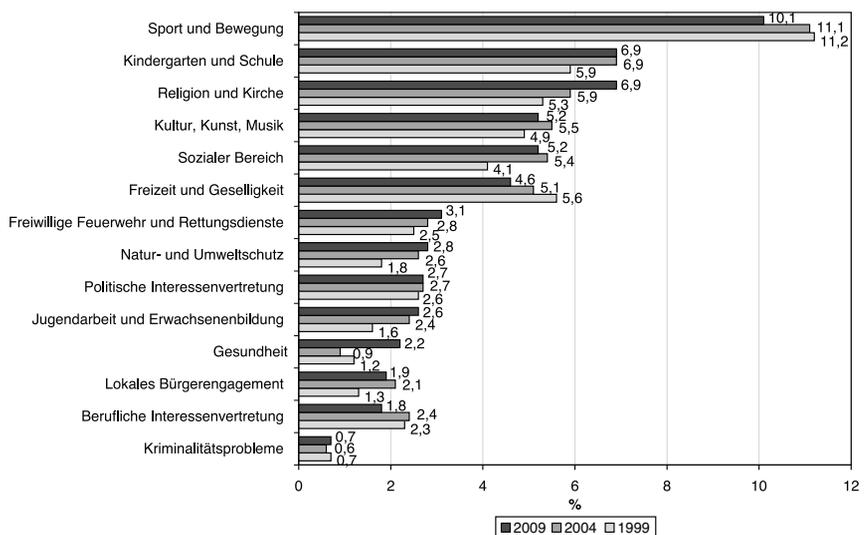
freiwillige Tätigkeit, z. B. durch Ansprache seitens des Leitungspersonals oder anderer Ehrenamtlicher.

Die Freiwilligensurveys ermöglichen es, eine Art „Reichweitenmessung“ vorzunehmen, also zu überprüfen, inwieweit die Bevölkerung durch die Infrastruktur der Zivilgesellschaft erreicht wird. Wie viele Bürgerinnen und Bürger nutzen die Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten von Vereinen, Organisationen und Institutionen und umgekehrt, wie viele bleiben „draußen“? Waren 1999 66% der Bürgerinnen und Bürger öffentlich aktiv, so waren es 2004 bereits 70% und 2009 71%. Trotz dieser faktischen Stagnation in den letzten Jahren auf gesamtdeutscher Ebene stieg die öffentliche Beteiligung in Ostdeutschland und bei älteren Menschen stark an und führte zu einem regelrechten „Schub“ der öffentlichen Aktivierung. Weiterhin sind es die besser situierten und gebildeten Teile der Bevölkerung, die vermehrt öffentlich aktiv sind, „draußen“ bleiben vermehrt Menschen aus der einfachen Schicht.

Freiwilliges Engagement verharrt auf hohem Niveau

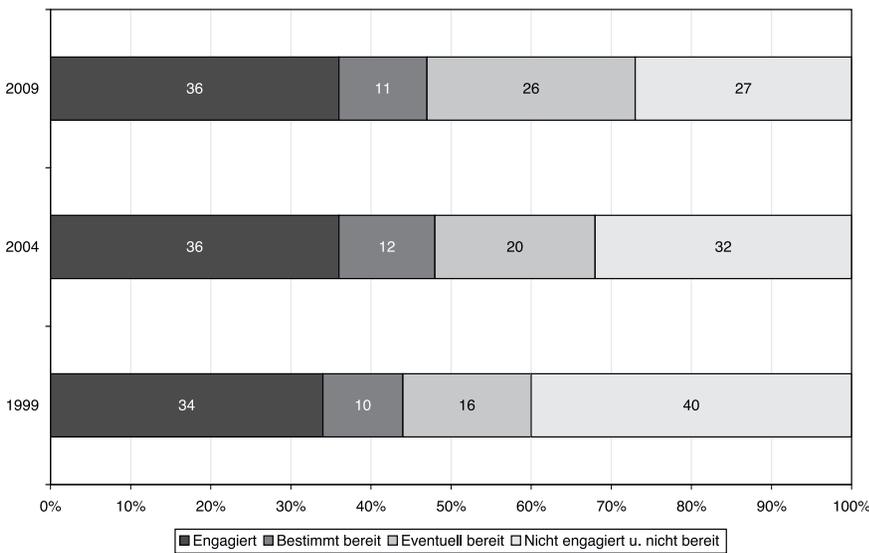
Die öffentliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geht mit einer unterschiedlichen Intensität der Bindung an die Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft einher. Nur etwa die Hälfte der öffentlich Aktiven hat freiwillig bestimmte Tätigkeiten oder Ämter übernommen, deren Ausübung oft viel freie Zeit und einen großen Einsatz kosten.² Diese Menschen konstituieren die so genannte Engagementquote, also den Anteil der Freiwilligen an der Bevölkerung. Einem Anstieg zwischen 1999 und 2004 (von 34% auf 36%) folgte in der Folgeperiode eine Stagnation (2009: 36%). Bei älteren Menschen nahm allerdings das Engagement über die gesamte Periode hinweg zu. Die ca. 10.000 wörtlich notierten Angaben zum Inhalt der freiwilligen Tätigkeiten und zur organisatorischen Anbindung verdeutlichen

Grafik 1: Anteil freiwillig Engagierter in 14 Bereichen



Datenbasis: Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009

Grafik 2: Teilnahme an und Bereitschaft zum freiwilligen Engagement



Datenbasis: Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009

die große Vielfalt der Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren. Dennoch lassen sich die freiwilligen Tätigkeiten in 14 Bereiche des Engagements unterteilen (vgl. Grafik 1).

Das Gewicht der Bereiche hat sich im Zeitverlauf teilweise verändert, allerdings blieb der Sport der mit Abstand wichtigste Sektor. Dennoch haben die vorrangig vereinsgestützten Bereiche an Freiwilligen verloren, was sich vor allem bei „Sport und Bewegung“ und „Freizeit und Geselligkeit“ zeigt, besonders bei jungen Menschen. Die institutionell gebundenen Engagementbereiche „Soziales“, „Kindergarten und Schule“, „Kirche und Religion“ sowie „Gesundheit“ konnten dagegen Zuwächse verbuchen. Diese Entwicklung beruht vor allem auf dem höheren Engagement der mittleren und älteren Jahrgänge. Zwischen 1999 und 2009 stieg ebenfalls die Bedeutung der Bereiche „Umwelt- und Tierschutz“ und „Jugend- und Bildungsarbeit“. Bei der freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten nahm vor allem das Engagement der 35- bis 55-Jährigen zu.

Auch wenn das freiwillige Engagement in Deutschland seit 2004 nicht mehr weiter zugenommen hat, so zeichnet es sich durch einen hohen Grad an Verbindlichkeit aus. Im Durchschnitt werden die freiwilligen Tätigkeiten von den Engagierten bereits über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren durchgeführt, von jedem Dritten sogar seit mehr als 10 Jahren. Zum anderen wird das Engagement mit großer Regelmäßigkeit ausgeführt: 90% der Engagierten üben ihre Tätigkeit mindestens einmal im Monat aus, 57% einmal in der Woche und 33% sogar mehrmals in der Woche. 78% der Engagierten betrachteten ihr Engagement 1999 als einen wichtigen Teil ihres Lebens und dieser Anteil hat sich bis 2009 auf 85% erhöht. Über den gesamten Zeitraum ist zudem der Anteil derjenigen deutlich gestiegen, die sich eine Erweiterung ihres Engagements vorstellen können.

Steigende Engagementbereitschaft

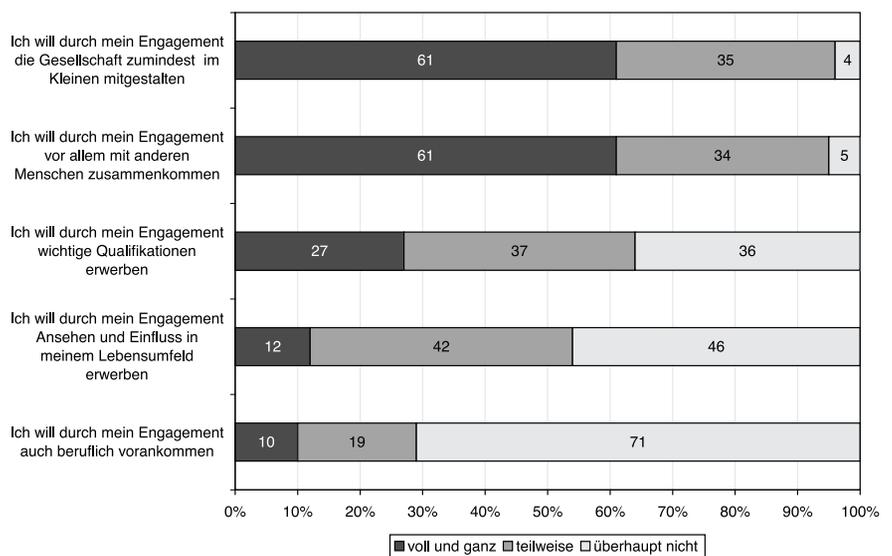
Bemerkenswert ist auch, dass die nicht engagierte Bevölkerung im Verlaufe der vergangenen Dekade eine deutlich positivere Einstellung zum freiwilligen Engagement entwickelt hat. Immer mehr Menschen können sich vorstellen, sich freiwillig zu engagieren: Gegenüber 26% im Jahr 1999, waren es 2009 bereits 37% der Bevölkerung. Demzufolge ging der Anteil jener, die dem freiwilligen Engagement wenig abgewinnen können, von 40% im Jahr 1999 auf nur noch 27% im Jahr 2009 zurück (Grafik 2). Dennoch ist auffällig, dass die zunehmende Bereitschaft der nicht-engagierten Bevölkerung zur Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit weitgehend unverbindlich geblieben ist („eventuell engagementbereit“: 1999: 16%, 2004: 20%, 2009: 25%). Der Umfang derjenigen, die angeben „bestimmt“ bereit zu sein, sich zu engagieren, war im Jahr 2009 kaum größer als 1999.

Wer noch nicht so lange an einem neuen Wohnort lebt, bekundet häufiger eine verbindliche Bereitschaft zum freiwilligen Engagement als längere Zeit Ansässige: 16% der Menschen, die bis zu zwei Jahre an ihrem Wohnort leben, wollen sich bestimmt engagieren im Vergleich zu 14% derjenigen, die seit 3 bis 10 Jahre dort wohnen (alle: 11%). Das trifft besonders auf Frauen zu, von denen fast jede fünfte erst kürzlich am Wohnort Zugezogene angibt, „bestimmt“ zum Engagement bereit zu sein. Ähnlich ist die Situation in Ostdeutschland, wo die regional Mobilen ebenfalls häufiger engagementbereit sind (19%). Es ist nachvollziehbar, dass Zugezogene am neuen Wohnort einerseits weniger in Familien- und Freundeskreise sowie in Vereine und Organisationen einbezogen sind, andererseits ein besonderes Interesse an privater und sozialer Integration haben.

Mix aus gesellschaftlichen und persönlichen Motiven

Die Motivation der Befragten gibt Hinweise darauf, ob das Engagement der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich einen Bezug zum Gemeinwesen hat und damit einen zivilgesellschaftlichen Hintergrund. Das ist überwiegend der Fall. Freiwillige engagieren sich vor allem deswegen, weil sie die Gesellschaft (zumindest im Kleinen) mitgestalten wollen (Grafik 3). 61% der Engagierten stimmten diesem Motiv 2009 „voll und ganz“ zu, was gegenüber 2004 (66%) allerdings einen leichten Rückgang bedeutet, der vor allem bei jungen Engagierten bis 30 Jahre und älteren Engagierten über 65 Jahren zu beobachten war. Daneben dominierte 2009 in gleich hohem Umfang wie 2004 das Bedürfnis nach Geselligkeit, das konstant 60% der Engagierten „voll und ganz“ zum Engagement motivierte (36% „teilweise“, 4% „gar nicht“). Die Gelegenheit, durch das Engagement mit anderen Menschen zusammenzukommen ist ein Motiv, das besonders für junge Menschen wichtig und

Grafik 3: Motivation für freiwilliges Engagement: Zustimmung zu Statements



Datenbasis: Freiwilligensurvey 2009

für sie sogar bedeutsamer ist als das Motiv der Gestaltungsmöglichkeit.

Zu den gesellschaftlichen und geselligen Motiven, sich zu engagieren, treten schon seit Längerem interessenbezogene Gründe, ohne allerdings die sozialen Motive zu verdrängen. Das Bedürfnis nach Qualifikation verbindet 27% der Freiwilligen „voll und ganz“ mit ihrer freiwilligen Tätigkeit, 37% „teilweise“ und nur 36% „gar nicht“. Berufliches Vorankommen spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine gewisse Rolle. Für 10% der Engagierten ist das „voll und ganz“ ein Motiv, für jeden fünften „teilweise“ (19%), wobei allerdings die überwiegende Mehrheit „keine“ beruflichen Motive hat (71%). Engagement im Rahmen der Zivilgesellschaft, das Qualifizierung und berufliches Vorankommen fördert, stellt vor allem für junge Leute und Arbeitslose ein wichtiges Motiv dar. Arbeitslose erhofften sich darüber hinaus Ansehen und Einfluss in ihrem Lebensumfeld.

Betrachtet man neben den Grundmotiven, sich freiwillig zu engagieren, auch die Erwartungen von Freiwilligen an ihre konkrete Tätigkeit und die Anforderungen, denen sie gerecht werden müssen, wird deutlich, dass die meisten Menschen heute einen Mix von Bedürfnissen an das Engagement herantragen, der sich aus gesellschaftlichen, sozialen und persönlichen Gründen zusammensetzt. Oberste Maxime einer freiwilligen Tätigkeit ist für fast alle Engagierten, dass die Tätigkeit Freude bereitet, und dieser subjektive Ertrag ist auch zum allergrößten Teil gegeben. Freiwilliges Engagement ist also nicht vorrangig eine aufopferungsvolle und selbstlose Tätigkeit, auch wenn viele Engagierte angeben, in ihrer Tätigkeit käme es auf hohe Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit an.

Selbstlosigkeit ist von Freiwilligen zumeist nur in begrenztem Maße gefordert. Selbst bei den Freiwilligen Feuerwehren und den Rettungsdiensten, wo diese Anforderung vermehrt gestellt wird, geben nur 26% der Engagierten an, dass sie in hohem Maße selbstlos sein müssten. Die Freude an ihrer Tätigkeit ist für viele Freiwillige kaum davon zu trennen, dass sie einen Beitrag zum Gemeinwohl erbringen und anderen Menschen helfen wollen. Diese zivilgesellschaftlichen Grundorientierungen sind über die Zeit sehr stabil geblieben, auch bei jungen Menschen. Außerdem sehen viele Engagierte ihre Tätigkeit als ein Lernfeld, in dem sie eigene Kenntnisse und Erfahrungen erweitern können. Junge Freiwillige berichten besonders häufig, im Engagement wichtige Dinge gelernt zu haben.

Rückläufiges Engagement bei Jugendlichen, zunehmendes Engagement bei Älteren

Hinter den Durchschnittswerten der Gesamtbevölkerung verbergen sich unterschiedliche Veränderungen bei einzelnen Altersgruppen. So ist zum Beispiel bei jüngeren Menschen (14-24 Jahre) eine leicht rückläufige Tendenz

zu beobachten, sich freiwillig zu engagieren (1999: 37%, 2004: 36%, 2009: 35%).³ Während bei Haupt- und Mittelschülern deutliche Rückgänge zu verzeichnen sind, ist das Niveau des Engagements bei Gymnasiasten hoch geblieben. Ein ebenfalls hohes und sogar leicht steigendes Niveau des Engagements ist bei Studierenden zu beobachten. Auffällig ist dagegen die relativ geringe Engagementquote bei jungen Erwerbstätigen, die seit 2009 auch noch rückläufig war. Erfreulich ist, dass das Engagement bei Jugendlichen in betrieblicher Ausbildung gestiegen ist. Ungünstiger sind dagegen Höhe und Entwicklung des Engagements bei Berufsschülern.

Die auffälligste Tendenz in der Entwicklung des freiwilligen Engagements gab es bei den älteren Menschen. Bei den über 65-Jährigen ist der Anteil der Engagierten zwischen 1999 und 2009 von 23% auf 28% gestiegen. Der Anstieg hat sich allerdings nach 2004 abgeschwächt und vermehrt auf die älteren Alten verlagert. Vor allem die jungen Senioren im Alter von 60 bis 69 Jahren waren 2004 und 2009 (37%) häufiger engagiert als noch 1999 (31%). Bei den 70- bis 75-Jährigen erhöhte sich das Engagement zwischen 1999 und 2009 von 24 auf 30 %; auch bei den 76- bis 80-Jährigen gab es noch einen gewissen Anstieg (19% auf 21%). Hier wird die (vor allem gesundheitlich bedingte) Grenze erkennbar, bis zu der sich ältere Menschen noch aktiv in die Zivilgesellschaft einbringen können (vgl. Grafik 4).

Hinter den Veränderungen bei den älteren Menschen verbergen sich zwei Haupteffekte. Zum einen führen der bessere Bildungsstand, ein modernerer Lebensstil und bessere Fitness zu mehr Engagement. Zum anderen zeigen Kohortenanalysen, dass diejenigen Jahrgänge, die den ersten großen Aufschwung der Zivilgesellschaft in den 1960er und 1970er Jahren getragen haben, heute ganz wesentlich zum „Boom“ des Engagements unter den Älteren

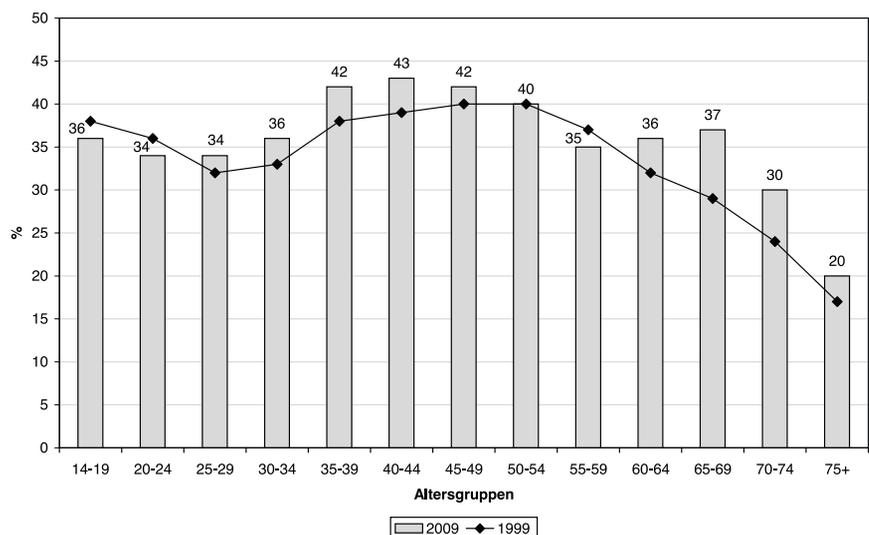
beitragen, da sie ihr Engagement oft auch im Alter aufrechterhalten (Grafik 4). Der Kohorteneffekt lässt jedoch im Zusammenhang mit dem aktuellen Verhalten der „nachrückenden“ mittleren Jahrgänge erwarten, dass in Zukunft nicht mehr mit so ausgeprägten Entwicklungen bei den (jüngeren) Alten zu rechnen ist. Dazu trägt auch bei, dass ihre Versorgungslage zukünftig wegen der unregelmäßigeren Erwerbsverläufe nicht mehr so günstig sein wird wie heute.

Die freiwilligen Tätigkeiten älterer Menschen sind vermehrt im kirchlichen und sozialen Bereich angesiedelt. Dass inzwischen der Sport als dritter Schwerpunkt des Engagements eine beachtliche Rolle spielt, dürfte auf die zunehmende Fitness der Älteren zurückzuführen sein, bzw. das Bedürfnis, länger körperlich fit zu bleiben. Darüber hinaus stellen Kultur und Musik sowie der Freizeitbereich wichtige Bereiche des Engagements älterer Menschen dar. Auffällig ist die relativ kontinuierliche Zunahme des Engagements Älterer in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz, Politik und bürgerschaftliches Engagement am Wohnort. Nicht zuletzt kümmern sich die älteren Engagierten auch vermehrt um gesundheitlich beeinträchtigte bzw. höher betagte Senioren und tragen damit dazu bei, einer Problemlage zu begegnen, die die Alterung der Bevölkerung mit sich bringt.

Erwerbs- und Familienarbeit kein Hemmnis für zivilgesellschaftliches Engagement

Es sind nicht nur die älteren Menschen, die seit 1999 einen zunehmenden Beitrag zur Zivilgesellschaft erbracht haben, sondern auch diejenigen Jahrgänge, die sich im Familienalter befinden. Man erkennt die Bedeutung des Engagements von Familien für die Zivilgesellschaft daran, dass von den 35- bis 54-Jährigen, das Engagement derjenigen, die in Drei- und Mehrpersonenhaushalten leben, besonders ausgeprägt ist und zudem zugenommen hat

Grafik 4: Anteil freiwillig Engagierter nach Altersgruppen



Datenbasis: Freiwilligensurveys 1999 und 2009

(2009: 3-Personen-Haushalte: 42%, 4-Personen-Haushalte: 50%, 5-Personen-Haushalte: 53%).

Inhaltlich richtet sich das Engagement von Personen in Drei- und Mehrpersonenhaushalten im Familienalter besonders stark an Kindern und Jugendlichen aus. Dabei spielt für Engagierte zwischen 35 und 44 Jahren der Bereich „Kindergarten und Schule“ eine zentrale Rolle. Knapp ein Viertel der Engagierten in dieser Altersgruppe und mit mindestens drei Personen im Haushalt war in diesem Bereich engagiert (1999: 17%, 2004: 19%, 2009: 23%). Auch im Bereich „außerschulische Jugendarbeit“ hat sich in dieser Altersgruppe ein größerer Anteil engagiert als im Gesamtdurchschnitt (4.2% bzw. 2.6%). Das kinder- und jugendbezogene Engagement von Eltern dieser Altersgruppe, das mehrheitlich mit den eigenen Kindern zu tun hat, ist somit seit 1999 kontinuierlich gestiegen, wobei diese Art des Engagements vor allem Frauen betrifft.

Auch das Engagement der 45- bis 54-Jährigen erreicht 2009 ein beachtliches Niveau, vor allem wenn sie in Haushalten ab einer Größe von 4 Personen leben (4-Personen-Haushalt: 54%, 5-Personen-Haushalt und größer: 56%). Allerdings steht dieses Engagement weniger stark als das der 35- bis 44-Jährigen in Verbindung mit (eigenen) Kindern. Wenngleich der Bereich „Kindergarten und Schule“ auch für die Engagierten zwischen 45 und 54 Jahren ein Schwerpunkt bleibt, sind hier zugleich auch freiwillige Tätigkeiten im Sportbereich, bei der politischen und beruflichen Interessenvertretung sowie der freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten vermehrt von Bedeutung. Auch die Bereiche Kirche und Religion sowie Soziales spielen eine größere Rolle als in der jüngeren Altersgruppe.

Das Verhalten von Personen im mittleren Alter macht deutlich, dass Erwerbs- und Familienarbeit nicht im Widerspruch zum verbindlichen freiwilligen Engagement stehen muss. Allerdings ist dieses Engagement häufiger zeitlich befristet angelegt, was mit der Koppelung vieler Tätigkeiten an eine bestimmte Altersphase der Kinder zu tun hat. So waren 2009 29% der Tätigkeiten von Müttern zwischen 35 und 44 Jahren und 24% von Vätern zeitlich befristet angelegt, während von allen Engagierten nur 20% zeitlich befristete Tätigkeiten ausübten. Besonders Frauen, deren Engagement in besonders hohem Maße an das Vorhandensein von Kindern im Haushalt gekoppelt ist, können oder wollen seltener direkt im Anschluss an das kinderbezogene Engagement eine neue Tätigkeit aufnehmen.

Geringeres Engagement von Personen mit niedrigerem Status

Personen mit hoher formaler Bildung und hohem beruflichem Status waren in der gesamten Dekade besonders häufig freiwillig engagiert, solche mit mittlerem Status eher durchschnittlich und diejenigen mit einfa-

chem Status deutlich unterdurchschnittlich. Dabei ist es weniger das Einkommen, das die Neigung zu öffentlicher Aktivität und freiwilligem Engagement erklärt, sondern eher ein anspruchsvoller Lebensstil, der zivilgesellschaftliche Aktivitäten ganz selbstverständlich mit einschließt. Die Gründe dafür sind verschiedenartig. Beispielsweise haben Beamte durch ihre berufliche Tätigkeit bereits einen engen Bezug zu öffentlichen Angelegenheiten und Selbstständige können ihr lokales Netzwerk über freiwilliges Engagement verbessern. Die Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung festgehalten, es sei ihr wichtig, dass möglichst alle Schichten der Bevölkerung Zugang zu zivilgesellschaftlicher Aktivität haben. In diese Forderung müssen auch die Migranten einbezogen werden, deren zivilgesellschaftliche Beteiligung noch weit unterdurchschnittlich ist, was auch mit dem oft niedrigen Sozialstatus zusammenhängt.

- 1 Ein Zwischenbericht zum aktuellen Freiwilligensurvey von 2009 (Gensicke 2010) kann auf der Homepage des BMFSFJ heruntergeladen werden. Dort finden sich auch detaillierte Erläuterungen zur Methodik dieser bundesweiten, telefonischen Befragung. Der Bericht zum dritten Freiwilligensurvey wird spätestens im Herbst dieses Jahres vorliegen.
- 2 Diese Tätigkeiten wurden mit folgendem Fragetext erfasst: „Uns interessiert nun, ob Sie in den Bereichen, in denen Sie aktiv sind, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert sind. Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt.“

Sie sagten, Sie sind im Bereich ... aktiv. Haben Sie derzeit in diesem Bereich auch Aufgaben oder Arbeiten übernommen, die Sie freiwillig oder ehrenamtlich ausüben? In welcher Gruppe, Organisation oder Einrichtung sind Sie da tätig? Sagen Sie mir bitte den Namen und ein Stichwort, um was es sich handelt. Und was machen Sie dort konkret? Welche Aufgabe, Funktion oder Arbeit üben Sie dort aus?“

- 3 Im Freiwilligensurvey wird „Jugend“ im engeren Sinne als Altersgruppe zwischen 14 und 24 Jahren definiert. Man kann allerdings auch von einer verlängerten Jugendphase bis zum Alter von 30 Jahren sprechen.

Gensicke, Thomas, 2010: *Monitor Engagement, Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009*. Rostock: Publikationsversand der Bundesregierung. http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/engagemen_tpolitik,did=140448.html.

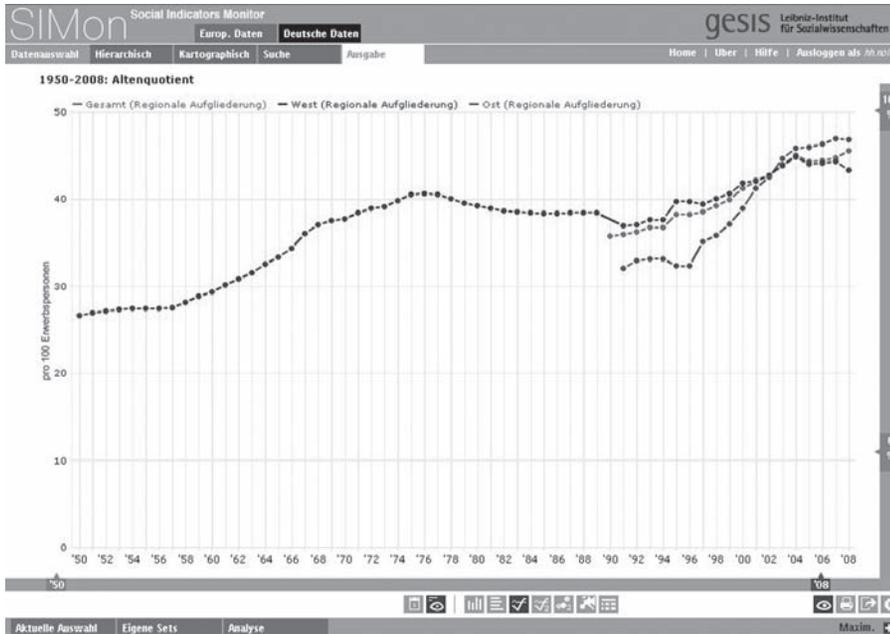
Gensicke, Thomas, Picot, Sibylle, Geiss, Sabine, 2006: *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rosenblatt von, Bernhard (Hg.), 2001: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Gesamtbericht. Band 194.1 der Schriftenreihe des BMFSFJ*. Stuttgart: Kohlhammer.

■ **Thomas Gensicke und Sabine Geiss**
TNS Infratest Sozialforschung, München
 Tel.: 089-5600-1547 und -1494
thomas.gensicke@tns-infratest.com
sabine.geiss@tns-infratest.com

Social Indicators Monitor – SIMon

Neues Webangebot des ZSi jetzt online



und seine Verteilung, Einkommensverwendung und Versorgung, Verkehr, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Partizipation, Umwelt, Öffentliche Sicherheit und Kriminalität sowie Freizeit und Mediennutzung. Zudem enthält es eine Reihe von übergreifenden allgemeinen Wohlfahrtsindikatoren. Soweit es die Datengrundlagen zulassen, werden die Zeitreihen seit der deutschen Vereinigung neben dem früheren Bundesgebiet auch für das heutige Gesamtdeutschland sowie für die ostdeutschen Bundesländer separat ausgewiesen. Darüber hinaus liegen für eine Vielzahl der Indikatoren auch Disaggregationen nach verschiedenen sozio-demografischen bzw. sozio-ökonomischen Merkmalen vor.

Das European System of Social Indicators ist ein Instrument für ein kontinuierliches Monitoring des individuellen und gesellschaftlichen Well-Beings sowie des sozialstrukturellen Wandels in Europa. Die individuelle Wohlfahrt wird hier über das Konzept der Lebensqualität erfasst, das gesellschaftliche Well-Being über die Konzepte der sozialen Kohäsion und der Nachhaltigkeit. Das European System of Social Indicators umfasst im Idealfall die gegenwärtigen 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie darüber hinaus auch Norwegen und die Schweiz sowie Japan und die USA als zwei außereuropäische Referenzgesellschaften. Die tatsächliche Anzahl der berücksichtigten Länder variiert jedoch von Fall zu Fall je nach Datenquelle und -verfügbarkeit. Gegenwärtig liegen Zeitreihendaten für mehr als 600 Indikatoren zu neun der insgesamt 13 projizierten life-domains vor.

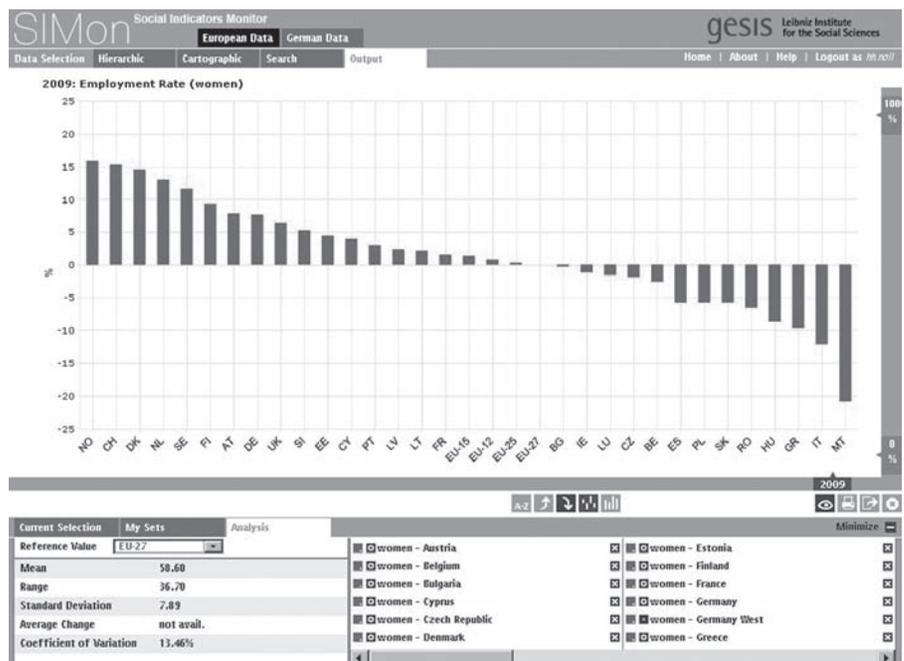
Das neue Online-Informationssystem SIMon steht seit Kurzem interessierten Nutzern zur Verfügung. Mit dem Social Indicators Monitor wird der Zugang zu den Zeitreihendaten der beiden Indikatorensysteme des ZSi – dem ‚Systems sozialer Indikatoren für Deutschland‘ und dem ‚European System of Social Indicators‘ – unter einer Oberfläche ermöglicht und wesentlich verbessert. Beide Indikatorensysteme stellen Instrumente für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung dar.

des sozialen Wandels in Deutschland. Dazu gehören die Veränderungen in den Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bürger ebenso wie der sozialstrukturelle Wandel. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich vom Beginn der 1950er Jahre bis zur Gegenwart und umfasst damit inzwischen mehr als ein halbes Jahrhundert. Das Indikatorensystem gliedert sich in 13 Lebens- und Politikbereiche: Bevölkerung, sozio-ökonomische Gliederung und Schichteinstufung, Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen, Einkommen

Der Social Indicators Monitor – SIMon

- erlaubt eine einfache nutzergesteuerte Auswahl der interessierenden Indikatoren auf verschiedenen Wegen
- ermöglicht die Darstellung der Daten in verschiedenen Grafikformaten (z.B. Liniengrafik, Histogramm, Boxplot) sowie als Landkarten und in Tabellenform
- bietet einfache Möglichkeiten der Tabellenmanipulation und Datenanalyse
- ermöglicht den Druck und Export von Tabellen und Grafiken in verschiedenen Formaten und damit die Weiterverarbeitung in anderen Applikationen
- erlaubt die Speicherung von Daten und Grafiken für eine spätere Wiederverwendung
- bietet effiziente Such- und Hilfsfunktionen

Die knapp 400 Indikatoren und über 3000 Zeitreihen, die das System Sozialer Indikatoren für Deutschland gegenwärtig umfasst, vermitteln ein detailliertes empirisches Bild der längerfristigen Wohlfahrtsentwicklung und



Herausgeber

GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/soziale-indikatoren

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich vom Beginn der 1980er Jahre bis zur Gegenwart. Für die Mehrzahl der Indikatoren liegen disaggregierte Zeitreihendaten nach verschiedenen sozio-demografischen Merkmalen vor. Je nach Zweckmäßigkeit und Verfügbarkeit werden auch regional disaggregierte Daten auf der Ebene der NUTS-1 Regionen angeboten. Die für das European System of Social Indicators verwendeten Datengrundlagen sollen eine möglichst weitgehende internationale und intertemporale Vergleichbarkeit gewährleisten. Die Datengrundlagen umfassen sowohl Aggregatdaten der internationalen amtlichen Statistik als auch die Individualdaten verschiedener amtlicher und wissenschaftsbasierter internationaler Surveys.

SIMon wird den Zugang zu und die Nutzung von quantitativen Informationen über die Lebensverhältnisse und deren Wandel in Deutschland und Europa erleichtern und deutlich verbessern.

Das Informationsangebot von SIMon richtet sich an Sozialwissenschaftler und Studierende der Sozialwissenschaften, aber gleichermaßen auch an Ministerien, Medien und Verbände sowie alle sonstigen Nutzer von Ergebnissen eines systematischen empirischen Monitorings gesellschaftlicher Entwicklungen.

SIMon wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem ZSi und Kognito Gestaltung (Berlin) entwickelt, wobei Kognito für Konzept, Design und die technische Realisierung zuständig war.

SIMon kann direkt (<http://gesis-simon.de>) oder über die SIMon-Website (<http://gesis.org/simon>) angesteuert werden, auf der weitergehende Informationen und Support zur Nutzung von SIMon angeboten werden.

■ Heinz-Herbert Noll, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241
heinz-herbert.noll@gesis.org

